

Südbayer Volksbote

Organ für die Interessen der werftätigen Bevölkerung

Der „Südbayer Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Petitzeile oder deren Raum 35 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 9.

Freitag, den 11. Januar 1918.

25. Jahrg.

Was wir erobern wollen.

Die ganze Welt steht im Kriege gegen die Mittelmächte. Vier europäische Großmächte und sechs europäische Kleinstaaten nützen ihre ganze Volkskraft aus, um Deutschland und Oesterreich-Ungarn niederzukämpfen. Die überseeischen Besitzungen Englands und Frankreichs kämpfen gegen uns: Kanadier, Australier, Neuseeländer, Buren, Hindus, Berber aus Algier, Neger aus Senegambien kämpfen und sterben auf dem großen Schlachtfeld zwischen der flandrischen Küste und dem Kamme der Vogesen. Die mächtigen Vereinigten Staaten bilden ein Millionenheer aus, das unsern europäischen Feinden zu Hilfe eilen soll. Ihre gewaltige Industrie rüstet gegen uns Mordwerkzeuge, Schiffe und Flugzeuge in Mengen, wie sie nur irgend zu bewältigen sind. Die südamerikanischen Republiken haben uns den Krieg erklärt, Japan und China stehen im Kriegszustand gegen uns. Es ist keine Uebertreibung mehr, zu sagen, daß

die ganze Welt gegen Deutschland und seine Verbündeten vereinigt ist!

Dieser Weltkoalition stehen Deutschland und Oesterreich mit dem kleinen Bulgarien und der durch drei schnell aufeinander gefolgte Kriege geschwächten Türkei allein gegenüber. Es ist ein Wunder, daß sie sich dieses Ansturms der übermächtigen Koalition erwehren können. Ein Wunder um so mehr, da uns die Zufuhr aller Lebensmittel und Rohstoffe durch die Seeherrschaft des Feindes gesperrt ist! Nur Opfer, sondern dergleichen, Opfer, an deren Nachwirkungen viele Generationen mittragen werden, machen dieses Wunder möglich.

Aber den alldeutschen Scharfmachern und Reaktionären genügt es nicht, daß sich die beiden vergleichsweise kleinen Reiche Mitteleuropas im Kampfe wider die ganze Welt behaupten. Nein, sie wollen viel mehr! Sie wollen

die ganze Welt besiegen,

die ganze Welt auf die Knie zwingen. Sie träumen noch immer von Annexionen im Osten, Westen und Süden, oder tun doch so; möchten noch immer große reiche Länder einstecken und den Feinden überdies Kriegsschuldigungen und drückende Handelsverpflichtungen auferlegen. Was so ein rechter Alldeutscher ist, dem ist es — hübsch sicher im Hinterland natürlich — das reinste Kinderpiel, England und Amerika seinen Willen aufzwingen. Wir hören es ja immer wieder: nur noch ein paar Monate „durchhalten“, dann muß die ganze Welt vor uns kapitulieren! Man möchte es für Wahnsinn halten, sähe man nicht aus den Bilanzen der Kriegsgewinner, daß der Wahnsinn Methode hat!

Eine ganze Welt steht gegen uns im Kriege.

Wie ist das gekommen?

Gewiß, der Kapitalismus ist des Krieges letzte Wurzel, der Imperialismus seine bewegende Kraft. Das britische Finanzkapital hat, vom französischen und amerikanischen unterstützt, den Weltbrand zusammengeblasen, der den gefährlichen Konkurrenten niederbringen soll. Aber schließlich ist doch das Finanzkapital nicht allmächtig. Es hätte sein Ziel, den Weltkrieg für seine Profite nicht erreichen können, wenn es ihm nicht möglich gewesen wäre, die Leidenschaften der breiten Volksmassen gegen Deutschland und Oesterreich aufzuspitzen. Nur weil die Volksmassen in England und Amerika, in Frankreich und Italien uns hassen und fürchten; nur weil sie glauben, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn Störer des Friedens seien, stets bereit, sich auf den Nachbarn zu stützen, nur deshalb konnten die Stahl- und Bankmagnaten in London, Washington und Paris die ganze Welt gegen uns mobilisieren! Und daß

wir in der ganzen Welt so verhaßt

sind, ist zum guten Teile die Schuld der selben Leute, die heute noch nach dem „Siegfrieden“ mit Annexionen und Kontributionen schreien!

Das deutsche Volk ist einmal das Volk der Dichter und Denker, das Volk der Idealisten gewesen. Deutschland hat die tiefste idealistische Philosophie hervorgebracht. Bis 1848 war das politische Denken des deutschen Volkes vom höchsten Idealismus beherrscht. Aber was das deutsche Volk von 1848 und in dem großen Sturmjahre selbst in höchster idealistischer Begeisterung vergebens zu erringen versuchte, das ward ihm, ward vielmehr seiner Bourgeoisie geschenkt durch die Staatskunst Bismarcks und die Siege Moltkes. Was der Idealismus nicht vermocht hatte, das hat eine Staatskunst vollbracht, die keine Ideale, sondern nur Interessen, keine sittlichen Ueberzeugungen, sondern nur die reale Macht der Kanonen und Bajonette in ihre Rechnung einstellte. Unter dem Eindruck dieser geschichtlichen Erfahrung schlug die Denkweise der deutschen Bourgeoisie in ihr Gegenteil um. Wer von Idealen redet, ist ihr ein Utopist; wer an sittliche Ueberzeugungen appelliert, gilt ihr als ein Schwärmer. Die Politik dürfe sich nichts anderes zum Ziele setzen als die Macht und den Reichtum der eigenen Nation. Wer von den Rechten anderer Völker redet, ist ihr ein Narr. Macht ist ihr nichts als Bajonett und Kanonen,

Reichtum nichts als Geld und Bodenschätze. Wer sich das Vertrauen der Menschen, die Anerkennung der Völker erwerben will, ist ein Tor. „Mögen sie uns hassen, wenn sie uns nur fürchten!“ ist die Losung dieser Denkweise im Verkehr mit den anderen Völkern. Das ist der

eigentlichste Kern des „Alldeutstums“!

Aus einer sehr einseitigen und sehr oberflächlichen Beurteilung der Erfolge Bismarcks ist diese Denkweise geboren worden. Schon Bismarck selbst hat vor ihr gewarnt. Er warnte davor, nur die zählbaren und wägbaren Machtmittel zu sehen und die „Imponderabilien“, die unwägbaren, aber darum nicht minder wirksamen Machtmittel, die geistigen Machtmittel, zu unterschätzen. Aber gerade aus diesem Bismarckwort haben die Alldeutschen nichts gelernt. Daß auch das Vertrauen, die Achtung, die Anerkennung der Nachbarvölker Machtquellen sind, haben die Alldeutschen nie verstanden. Sie kennen keine andern Machtmittel als die brutale Gewalt und keine andern Ziele als die, die der nackte Eigennutz der eigenen Klasse und des eigenen Volkes diktiert. „Mögen sie uns hassen, wenn sie uns nur fürchten!“ So haben sie es herausfordernd der

ganzen Welt ins Gesicht geschleudert.

Und damit ist es ihnen in der Tat gelungen, mit der Furcht auch den Haß der ganzen Welt nicht nur auf sich zu lenken, sondern auf das ganze deutsche Volk, das allzulange ihnen in seinem Namen zu reden erlaubt hat. Der Weltbund gegen uns wäre nie zustande gekommen, hätte nicht die alldeutsche Rhetorik Tag für Tag alle Völker gegen uns aufgepeitscht!

Der Imperialismus kennt nirgends ein anderes Ziel als Profite, nirgends andere Zwecke als Macht. Aber wie gut hat es der englische Imperialismus stets verstanden, sich in das Prunkgewand der Moral zu hüllen und als der Vollstrecker sittlicher Ueberzeugungen zu erscheinen! Er hat nie ein Land aus anderem Grunde geraubt, als um es zu befreien; nie aus anderen Gründen Gold- und Erzlager, Baumwoll- und Kautschukpflanzungen erobert, als um Freiheit, Christentum und Zivilisation auf der ganzen Erde zu verbreiten!

Der deutsche Imperialismus ist stolz darauf, daß er solche Heuchelei stets verschmäht hat. Er hat es alle Tage in die Welt hinausgeschrien, daß ihm alles recht ist, was Deutschlands Macht mehrt, und daß er auf nichts rechnet als auf die Furcht der Welt vor Deutschlands Heer und Flotte! Er hat ganz vergessen, daß es noch andere Machtquellen gibt als die militärischen; daß man nicht ungestraft die moralischen Ueberzeugungen herausfordert, die in den Völkern leben, und nicht ungestraft allen Völkern ankündigt, daß man das Interesse des eigenen Landes über alle allmenschlichen Werte setzt!

Dieselben Alldeutschen, die heute gegen das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, gegen die Verständigung und Verjöhnung mit den Völkern leben, die selbst heute noch, in

diesem Kriege gegen die ganze Welt, vom Schwert allein das Heil erhoffen, sie haben den Haß der Welt erzeugt, der den Krieg der ganzen Welt gegen die Mittelmächte möglich gemacht hat! Jede ihrer herausfordernden Redensarten wurde von der englischen und der französischen Presse in der ganzen Welt verbreitet, überall als die Meinung des ganzen deutschen Volkes ausgegeben!

So ward in allen Völkern der Haß gegen uns so lange genährt, bis ein Volk nach dem andern in den Krieg gegen uns hineingezerrt werden konnte! Sie sind mitschuldig daran, daß wir heute uns gegen die ganze Welt wehren müssen. Und nun kommen sie auch noch, selbst jetzt noch, um mit ihren Eroberungsplänen, mit dem Überwieg eines „Siegfriedens“ über alle großen Völker der Erde den Haß von neuem aufzutacheln!

Nein, die Eroberungen, von denen die Alldeutschen reden, brauchen wir nicht. Es sind ganz andere Eroberungen, die wir brauchen.

Eine Vergrößerung unseres Gebiets tut uns nicht net; aber das Vertrauen, die Achtung, die Zuneigung der anderen Völker müssen wir uns erobern, wenn wir nicht dauernd in Feindschaft mit der ganzen Welt leben wollen. Moralische Eroberungen brauchen wir! Sie zu machen, ist jetzt die günstigste Gelegenheit! Man zeige der Welt, daß die Alldeutschen kein Recht haben, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen! Daß wir das Selbstbestimmungsrecht unserer Nachbarvölker achten, auch wenn es nicht zu unsern Gunsten entscheidet! Daß wir unsere

Gegner nicht überlistet noch vergewaltigen

wollen, sondern uns mit ihnen redlich zu verständigen, dauernd zu verjöhnen wünschen! Daß wir unsere Zukunft nicht auf die Gewalt des Schwertes bauen wollen, sondern mitbauen an dem allen Völkern gemeinsamen Rechte, das in Zukunft jede Gewalt eines Volkes wider das andere ausschließen soll! Nur so, nur durch völlige Abkehr von der alldeutschen Denkweise

können wir den Haß entwaschen,

der die ganze Welt gegen uns vereinigt hat!

Die Alldeutschen haben dem deutschen Volke Macht verheizen. Aber keines Volkes Macht ist fest begründet, wenn alle anderen Völker ihm feind sind. Die Alldeutschen haben uns wirtschaftliche Wohlfahrt versprochen. Aber der Haß ist ein schlechter Kunde, und zwingen kann man auch durch den vollkommnen „Siegfrieden“ niemand, deutsche Waren zu beziehen.

Die alldeutsche Gier nach Macht und Reichtum hat das Gegenteil dessen erreicht, was sie gewollt. Die furchtbare Erfahrung des Krieges zwingt das deutsche Volk auf neue Wege! Die Friedensverhandlungen sind die beste Gelegenheit, der Welt zu beweisen, daß wir entschlossen sind, neue Bahnen zu gehen.

Darum fort mit dem Gerede von territorialen Eroberungen! Erobern wollen wir nichts als Freundschaft und Friede mit allen, allen Völkern der Welt!

Die Friedensverhandlungen werden in Brest-Litowsk weitergeführt.

WTB Brest-Litowsk, 10. Januar. (Drahtbericht.) Gestern vormittag um 11 Uhr fand eine Vollsitzung statt, an der sämtliche Delegationen und die ukrainischen Vertreter teilnahmen. Der Großwest Talaat-Pascha eröffnete die Sitzung und übergab den Vorsitz dem Staatssekretär v. Rühlmann.

Staatssekretär v. Rühlmann

nahm darauf das Wort zu folgenden Ausführungen:

„Die für die bisherigen Sitzungen maßgebenden Formalien werden, wie ich annehme, mit allgemeiner Zustimmung auch weiter als maßgebend betrachtet werden. Da in der Zusammenziehung einzelner Delegationen Veränderungen vorgekommen sind, ersuchen es nicht überflüssig, am Beginn unserer Arbeiten einen kurzen Rückblick auf die Vorgehensweise und den bisherigen Gang der Verhandlungen zu werfen.“

Die gegenwärtige russische Regierung hat am 25. November 1917 durch einen „An Alle“ gerichteten Funkspruch unter Mitwirkung gewisser Beihilfe ihre Bereitwilligkeit erklärt, mit den Kriegführenden in Friedensverhandlungen einzutreten. Darauf hat der deutsche Reichstanzler Herr Dr. Graf von Hertling in seiner programmatischen Antrittsrede vor der Vollversammlung des deutschen Reichstages am 29. November 1917 erklärt:

„Die russische Regierung hat gestern von Järestoje Siele ein von dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Herrn Trojky und dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Herrn Lenin unterzeichnetes Funkschreiben an die Regierungen der kriegführenden Mächte gerichtet, worin sie vorschlägt, zu einem nahen Termin in Verhandlungen über einen Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden einzutreten. Ich sehe nicht an, zu erklären, daß in den bisher bekannt gewordenen Vorstößen der russischen Regierung eine diskutablen Grundlage für die Aufnahme von Verhandlungen erblickt werden kann, und daß ich bereit bin, in folge einzutreten, sobald die russische Regierung hierzu benennmächtige Vertreter entsendet.“

Ich hoffe und wünsche, daß diese Bestrebungen bald feste Gestalt annehmen und uns den Frieden bringen werden.“

Die leitenden Staatsmänner der anderen Verbündeten gaben dem Sinne nach gleiche Erklärungen ab.

Am 3. Dezember 1917 begannen die Verhandlungen über den Waffenstillstand, die am 15. Dezember durch Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages erfolgreich zu Ende geführt worden sind.

Gemäß der Bestimmung dieses Vertrages im Artikel 9: „Die vertragsschließenden Parteien werden in unmittelbarem Anschluß an die Unterzeichnung dieses Waffenstillstandsvertrages in Friedensverhandlungen eintreten“, entstanden die vier verbündeten Mächte benennmächtige Vertreter nach Brest-Litowsk. Die mit den Vertretern der russischen Regierung am 22. Dezember 1917 die Friedensverhandlungen begannen. Diese zerfielen in zwei getrennte Teile, in eine Erörterung über die Möglichkeit eines allgemeinen Friedens und in eine Besprechung derjenigen Punkte, die unter allen Umständen zwischen den Mächten des Vierbundes und der russischen Regierung zur Erörterung gestellt werden mußten. Wie von der russischen Delegation in der Sitzung vom 25. Dezember 1917 vorgeschlagen worden ist, trat eine zehntägige Unterbrechung der Verhandlungen ein, damit nach der russischen Erklärung die Völker, deren Regierungen den gefürhten Verhandlungen über den allgemeinen Frieden sich noch nicht angeschlossen hätten, die Möglichkeit hätten, genügend mit den jetzt aufgestellten Prinzipien eines solchen Friedens sich bekannt zu machen. Nach Verlauf der befristeten Frist müßten die Verhandlungen erneuert werden, abgesehen davon, ob und wieder welche friedensführende Staaten sich den Verhandlungen anschließen.“

Die Frist ist am 4. Januar 1918 Mitternacht abgelaufen. Die verbündeten Regierungen haben darauf nachstehenden gemeinsamen Beschluß durch Funkspruch verbreitet, nachdem ihnen bekannt geworden war, daß von den Regierungen der Entente irgendwelche zweckdienlichen Mitteilungen nicht eingegangen waren.

„In ihrer Antwort auf die Vorschläge der russischen Delegation hatten die Delegationen des Vierbundes am 25. Dezember 1917 in Brest-Litowsk gewisse Vorschläge für den Abschluß eines“

sofortigen allgemeinen Friedens aufgestellt. Zur Vermeidung einer einseitigen Festlegung hatten sie die Gültigkeit dieser Verträge ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß sich sämtliche am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Vorbehalt zur geneigten Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichteten müßten. Mit Zustimmung der vier verbündeten Delegationen war darauf von der russischen Delegation eine zehntägige Frist festgesetzt worden, innerhalb der die anderen Kriegführenden sich mit den in Brest-Litowsk aufgestellten Grundbedingungen eines sofortigen allgemeinen Friedens bekannt machen und über den Anschluß an die Friedensverhandlungen entscheiden sollten. Die Delegationen der verbündeten Mächte heilen seit, daß die zehntägige Frist mit dem 4. Januar 1918 abgelaufen und von keiner der anderen Kriegführenden eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen bei ihnen eingegangen ist.

Wie sich aus dem Inhalt der Mitteilung der verbündeten Regierungen vom 25. Dezember 1917 ergibt, war die wesentliche Vereinbarung, die darin gestellt wurde, die ständige Wahrung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen durch alle feindlichen Mächte. Der Nicht-Eintritt dieser Bedingungen hat die aus dem Inhalt der Erklärung und der vorhergehenden Frist sich ergebenden Folgen. Das Besondere ist hinsichtlich der Verhandlungen an dem Punkt wieder aufzunehmen, an dem sie vor dem Eintritt der Winterkrisis sich befanden. Die russische Delegation hat aber durch ein von Herrn Tschibuloff geschicktes Telegramm an General Hoffmann diesem mitgeteilt:

Die Regierung der russischen Republik hält es für notwendig, die weiteren Verhandlungen über den Frieden auf neutralem Boden zu führen, und schlägt überdies vor, die Verhandlungen nach Stockholm zu verlegen.

Auch in einem weiteren Telegramm wurde der Wunsch der Verlegung des Verhandlungsortes in das neutrale Ausland zu erkennen gegeben.

Ich will auf die aus den bisherigen Darlegungen an anderer Stelle den Herren Delegierten bekannten Gründe, die es unzulässig machen, die Verhandlungen an einem anderen Orte als Brest-Litowsk zu führen, hier nicht näher eingehen, möchte aber jetzt schon als feststehendes und unabwehrbares Faktum der vier verbündeten Mächte aussprechen, daß es nicht in der Lage ist, die jetzt hier eingeleiteten Verhandlungen über einen Präliminarfrieden an einem anderen Orte weiterzuführen. Wie schon früher in vorerwähnter Weise dargelegt, wären sie aus dem Grunde ganz bereit, die formelle Schlussverhandlung und Unterzeichnung der Präliminarien an einem mit der russischen Delegation zu verhandelnden Orte vorzunehmen und über die Wahl dieses Ortes in eine Debatte einzutreten.

Es kann nicht unerwähnt bleiben, daß bei der Föhrung dieser Verhandlungen die Anwesenheit, in der sie sich vollzieht, von der Überzeugung durchdrungen ist, daß die Erfüllung des Friedenswunsches der vier verbündeten Mächte nur durch die Erfüllung der Bedingungen der vier verbündeten Mächte zu erreichen ist. Zweifel an der zureichenden Mächtigkeit der russischen Regierung zu handeln, mit den Mächten des Bündnisses zum Abschluss eines solchen Friedens zu gelangen, ist nicht in dieser Hinsicht zu bezweifeln. Die vier verbündeten Mächte sind bereit, die formelle Schlussverhandlung und Unterzeichnung der Präliminarien an einem mit der russischen Delegation zu verhandelnden Orte vorzunehmen und über die Wahl dieses Ortes in eine Debatte einzutreten.

Wenn ich trotzdem die Hoffnung nicht völlig aufgeben möchte, daß die Verhandlungen zu einem einseitigen Ergebnis führen können, so glaube ich diese Hoffnung in erster Linie auf den aus dem Inhalt der Mitteilung der russischen Delegation zu ersehen ist, daß die Verhandlungen mit der Arbeitsmethode der russischen Delegation gemacht haben. Sowohl ich als auch die anderen vier verbündeten Mächte sind einverstanden, daß die Verhandlungen ein Urteil über die Möglichkeit der Erreichung der Friedensziele nicht für sich allein, sondern nur im Zusammenhang mit dem Urteil über die Möglichkeit der Erreichung der Friedensziele zu fällen.

Hiermit übertrage ich die Verantwortung für die Entscheidung über den Frieden auf die vier verbündeten Mächte.

Wolff

Ich habe den Bemerkungen meines deutschen Kollegen noch folgendes hinzuzufügen:
Die Gründe, derenwegen wir eine Verlegung der Verhandlungen im jetzigen Augenblick in ein anderes Land in Aussicht nehmen, sind folgende: Erstens: Die Verhandlungen sind von der russischen Delegation und nicht von den anderen drei verbündeten Mächten geleitet. Zweitens: Die Verhandlungen sind von der russischen Delegation geleitet und nicht von den anderen drei verbündeten Mächten geleitet. Drittens: Die Verhandlungen sind von der russischen Delegation geleitet und nicht von den anderen drei verbündeten Mächten geleitet.

Die Verlegung der Verhandlungen auf neutralem Boden würde der Einigkeit die von ihr erhoffte Geltung geben und einseitig werden. Die Regierungen Englands und Frankreichs würden vor und hinter den Rücken alles anderen, um den Friedenswunsches dieser Separatmächte zu verhindern. Wir verlangen, daß die vier verbündeten Mächte sich einig über den Ort der Verhandlungen werden und nicht nur die russische Delegation, sondern auch die anderen drei verbündeten Mächte.

Was den materiellen Teil der Verhandlungen anbelangt, so ist eine Überwindung der politischen Meinungen und der politischen Meinungen notwendig. Die Verhandlungen sind von der russischen Delegation geleitet und nicht von den anderen drei verbündeten Mächten geleitet.

General Tschibuloff hat die Verhandlungen auf dem Punkte wieder aufgenommen, an dem sie vor dem Eintritt der Winterkrisis sich befanden. Die russische Delegation hat aber durch ein von Herrn Tschibuloff geschicktes Telegramm an General Hoffmann diesem mitgeteilt:

deutschen Heeresrichtungen und der deutschen Obersten Heeresleitung, teils Aufforderungen revolutionären Charakters an unsere Truppen enthalten. Diese Forderungen und Aufrufe verstoßen zweifellos gegen den Geist des zwischen den beiden Armeen geschlossenen Waffenstillstandes. Im Namen der deutschen Obersten Heeresleitung lege ich gegen Form und Inhalt dieser Forderungen und Aufrufe auf das entschiedenste Protest ein.

General der Kavallerie Tschibuloff hat dem General der Kavallerie Tschibuloff geschrieben, daß die russische Delegation im Namen des I. Armee-Oberkommandos der bulgarischen Obersten Heeresleitung und der osmanischen Armee an.

Staatssekretär v. Kühlmann: „Hat einer der Herren von der russischen Delegation vielleicht etwas zu bemerken?“
Russe: „Wir möchten bitten, uns Zeit zu einer Besprechung zu geben und die Verhandlungen deshalb zu unterbrechen.“

Staatssekretär v. Kühlmann: „Dann wird es sich empfehlen, sofort zu bestimmen, wann die Sitzung wieder aufgenommen werden soll.“

Volkskommissar Trotski: „Wir bitten, um 4 Uhr nachmittags.“
Daraufhin wurde die Sitzung auf 4 Uhr nachmittags vertagt, dann aber, wie wir weiter hören, noch nicht wieder aufgenommen, weil die Russen um diese Zeit keine Zeit zu Verfügung haben, da sie mit ihren Heeresbewegungen noch nicht fertig geworden wären. So viel aus Brest-Litowsk bisher bekannt geworden ist, sollte die Sitzung infolgedessen heute vormittag wieder aufgenommen werden.

Die Entscheidung der Russen.

W. Brest-Litowsk, 10. Januar. (Drahtber.)
In der heute vormittag abgehaltenen Sitzung erklärte sich die russische Delegation bereit, die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk fortzusetzen, ferner stellte sie fest, daß die vom Wolff-Bureau veröffentlichte Darstellung über den Verlauf der Sitzung am 28. Dezember dem tatsächlichen Vorgang entspricht. Die von der russischen Delegation veröffentlichte Darstellung der Verhandlungen über den Verlauf dieser Sitzung wurde russischerseits als unrichtig bezeichnet.

Wir können es nur freudig begrüßen, daß über den Verhandlungsort eine Verständigung erzielt ist. Die russische Delegation wird sich für die Beibehaltung von Brest-Litowsk als Verhandlungsort sprechenden Gründe nicht haben entgegenstellen können. Weiter aber dürfte auch für sie der Umstand maßgebend gewesen sein, daß eine Ortsverlegung die Verhandlungen noch weiter verzögert würde.

Bedenklich ist es, daß die deutsche Regierung dem Wunsche den in den Verhandlungen erwähnten russischen Punkt — der selbst von der russischen Delegation preisgegeben worden ist — vorzuziehen hat. In den Regierungskreisen in Berlin scheint man das deutsche Volk immer noch als unmündiges Kind zu betrachten, das nur das erfahren darf, was eine autoritäre Regierung ihm vorgelegen besteht. Mit dieser Art Bevormundung muß unbedingt gebrochen werden!

Für ein freies Ägypten.

W. Berlin, 10. Januar. Von dem Präsidenten des ägyptischen Nationalkomitees wird uns folgende Kundgebung an den Vorsitzenden des Friedenskongresses in Brest-Litowsk übermittelt:

Die in Berlin versammelten Mitglieder der ägyptischen Nationalpartei haben die Ehre, die Aufmerksamkeit des Kongresses auf die Notwendigkeit der Befreiung Ägyptens im Sinne des von allen Mächten angezeichneten Nationalitätsprinzips zu lenken. Die Sowjets in Petersburg haben sich feierlich für dieses Prinzip sowohl wie für die Freiheit der Meere erklärt. Die Befreiung Ägyptens ist um so notwendiger, als die Neutralität des Suez-Kanals nicht wirksam werden kann, solange England Ägypten besetzt hält, wie der gegenwärtige Krieg zur Genüge bewiesen hat. Unsere Forderung beruht ebenso auf dem natürlichen Recht, das jeder Staat besitzt, sich selbst zu regieren und sich seiner eigenen Zukunft zu entscheiden, zweitens auf dem Verzichtvertrag von London vom Juni 1882, drittens auf dem Vertrag von London vom Juni 1884 n. m. Solange unter Kanak unter der Kontrolle irgendeiner Großmacht steht, kann die Freiheit der Meere, die eines der Grundprinzipien der Demokratie im allgemeinen und der russischen Sozialdemokratie im besonderen bildet, nicht in wirksamer Weise gewährleistet werden. Nur ein freies Ägypten kann ihn sichern und den Nationen während des Krieges und im Friedenszeiten freie Durchfahrt garantieren. Ägypten, das nicht als andere Nationen die zur Anwendung des Nationalitätsprinzips notwendigen Vorbedingungen besitzt und dessen geographische Lage an einer großen internationalen Verkehrsstraße keine Befreiung dringend notwendig macht, ist überzeugt, daß dieser Kongreß, der sich versammelt hat, um den Krieg zu beenden und die Wiederholung des unheilvollen Blutmordes zu verhindern, keine natürlichen und unabwehrlichen Rechte anerkennen wird.

Im Auftrag des Komitees:
Mohammed Farid-Bei, Präsident.

Wenn auch die Tagung in Brest-Litowsk zu dieser Sache keine Stellung nehmen kann, so kann man dieser Kundgebung doch zustimmen. Sie war ein Zeugnis der Erklärung der Nationen, daß sie den unterdrückten Nationen ihre Hilfe leisten wollen, dringend notwendig. Jetzt haben die Herren Wilson, Lloyd George und das Wort. Werden sie dem Wunsche der ägyptischen Nationalpartei entsprechen? Oder besteht für auch ihre Hilfe nur auf die unterdrückten Nationen der Mittelmächte?

Wilson's Kriegsziele

Wilson's Kriegsziele sind im wesentlichen dem Hauptgegenstand der Friedensverhandlungen. Wir würden, wie schon gestern bemerkt, die Kriegsziele in einer Reihe von Punkten für diskutabel halten, wenn auch andere die Mittelmächte direkt betreffende Fragen selbstverständlich nicht diskutabel sind. Aber es ist nun einmal so: Beide Parteien haben ihre Forderungen auf und dann wird verhandelt. Anders dürfte auch die langwierigen Friedensverhandlungen kaum verlaufen. Deshalb kommt es jetzt darauf an, daß die Parteien möglichst

balb zusammentreten. In den Mitterten liegt es nun, nachdem die Mittelmächte wiederholt ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen erklärt haben, dem Wunsche ein Ende zu bereiten. Wollen sie wirklich noch weitere fürchterliche Blutschuld auf sich laden? Können sie es vor sich und der Menschheit verantworten?

Massenverbreitung der Wilson'schen Kongreßbotschaft.

Die „Times“ erfahren: Sofort, nachdem Wilson seine Rede verlesen hatte, traf er Maßnahmen, um diese Botschaft so weit wie möglich zu verbreiten und sie vor allem in Deutschland, Oesterreich-Ungarn, den Balkanstaaten und Rußland bekanntzumachen. Der Text seiner Botschaft wurde nach allen Enden der Welt telegraphiert, die auf drahtlosem Wege, durch Heberseeabel und Heberlandzentralen erreicht werden konnten. Eine Million Exemplare, die in deutscher Sprache verfaßt sind, werden von Fliegern in die deutschen Schützengräben abgeworfen werden. Ferner werden Exemplare der Botschaft nach jeder Stadt und nach jedem Dorf Rußlands geschickt. Der Text wird in allen russischen Blättern veröffentlicht werden. Auch der Schweiz und den anderen neutralen Staaten wird die Botschaft in vielen Exemplaren zugesandt werden. Ferner wird sie in allen slavischen Sprachen übersetzt und in den slavischen Ländern mit allen nur möglichen Mitteln verbreitet werden.

Holländische Stimmen.

Die holländische Presse erblickt allgemein in Wilsons Botschaft eine neue Anregung für den Krieg. Wenn man Wilsons Idealismus auch anerkennt, so bezweifelt man doch die praktische Ausführbarkeit seiner Vorschläge und fragt erhaben, ob der Präsident denn nicht eher an eine plötzliche Umkehr der Welt und Moral glaube. Man gibt zu, daß die Rede von Bedeutung sein könne, wenn sich der Präsident dabei nicht nur an die Worte halte, sondern wenn er dann auch den Mut habe, seine Ansicht bei der Entente zu vertreten und durchzuführen. Für „Handelsblad“ unterliegt es keinem Zweifel, daß der Weltfrieden, den Lloyd George und Wilson verkünden, zu einem Zustand führen werde, der alle Länder erschöpfe, ausbeute und aushungere. Es würde damit eine Lage geschaffen, gegenüber der der Zustand, in dem Deutschland sich nach dem dreißigjährigen Kriege befand, ein Paradies genannt werden könne.

Die englische Presse

billigt natürlich Wilsons Rede. „Daily News“ sagt: Die Rede Wilsons bedeutet die rückhaltlose Zustimmung Americas zu den von Lloyd George ausgesprochenen Friedensgrundsätzen. Das gemeinsame Programm des Präsidenten und des britischen Premierministers vertritt sich in allen Punkten mit der Politik, die die russische Delegation in Brest-Litowsk einführte. Die Alliierten stellen endlich ihre Absichten so klar fest, daß weder Freund noch Feind, noch die Neutralen sie missverstehen können.

Eine Erklärung der englischen Arbeiter.

Der parlamentarische Ausschuss des Gewerkschaftskongresses, der nationale Vorschussauswahlgang der Arbeiterpartei, der parlamentarische Ausschuss und der kooperative Fortschritt veröffentlichten gemeinsam eine Erklärung, in der Wilsons Kundgebung über die Kriegsziele willkommen geheißen und gelobt wird, daß die große Laskraft und der weite Gesichtskreis in Wilsons Botschaft besonders darin zum Ausdruck kommen, daß die Friedensverhandlungen, wenn einmal begonnen, vollständig öffentlich geführt werden und daß sie keine geheimen Abmachungen enthalten oder aufheben sollen. Weiter heißt es: Der britische Arbeiter heißt auch den Ausdruck von Sympathie sehr willkommen, den Wilson gegenüber der verzweifeltsten Anstrengung Rußlands gebraucht, die volle Freiheit zu erlangen. Die britische Demokratie wünscht nichts aufrichtiger, als daß die russische Demokratie überzeugt sein soll, daß alle Alliierten in ihrem Kampfe für Frieden und Freiheit und in ihrer Bemühung, segensreiche Ergebnisse der Revolution zu erhalten, auf ihrer Seite stehen. Die Worte des Präsidenten über „Freiheit der Meere“ sind wegen ihrer Klarheit und erschöpfenden Darstellung zu begrüßen. Wir sind mit seiner Auslegung von der Freiheit der Meere, der die Mittelmächte solche Bedeutung beilegen, familiär einverstanden. Die Mittelmächte können sich nicht gegen diese wenden, wenn sie tatsächlich und aufrichtig alle Angriffskräfte in Beschränkung abstellen. Keine andere Formel ist so sehr der Zustimmung sicher, daß eine Inselmacht wie Großbritannien gezwungen wurde, ihre eigene Sicherheit und die des Reiches in Krisenzeiten zu schützen. Wir heißen Wilsons Forderung willkommen, daß Belgien wiederhergestellt und geräumt werden muß. Schließlich, mit einem Wort gelobt, Wilsons Programm ist im wesentlichen dem von den englischen Arbeitern aufgestellten ähnlich. Die Meinungsverschiedenheiten im einzelnen entziehen sich der Erörterung.

Die Kriegslage.

Die Heeresberichte.
W. Berlin, 10. Januar, abends. (Amtlich.)
Von den Kriegshandlungen nichts Neues.
Wien, 10. Januar. (Amtlich.)
Östlicher Kriegshauptlag.
Rheinland.
Italienischer Kriegshauptlag.
Westlich Afrika wurde ein feindlicher Angriff abgewiesen.

Rußland.

Die Bolschewiki und der neue Stockholmer Konferenzversuch.
Stockholm, 8. Januar. (Eig. Drahtbericht.)
Der Vorsitzende der Bolschewiki in Stockholm, sprach sich in einem Gespräch mit einem Interviewer des „Politiken“ dahin aus, daß die Konferenz eine Teilnahme der Bolschewiki an dem jetzigen Wiederbelebungsversuch einer Sozialistenkonferenz eine von den Regierungen unablässige Arbeit der sozialistischen Parteien für den allgemeinen Frieden gemäß den Prinzipien der russischen Revolution sei.

Ein einschneidender Beschluß.

Die Bolschewiki beschließen, alle Auszahlungen von Dividenden von Unternehmen einzustellen und auch den Handel in Aktien so lange zu verbieten, bis ein Regierungserlass über eine weitere Nationalisierung der Eisenbahn und über Beherrschung privaten Gesellschaften auszubehalten wird.

Die Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands durch Deutschland ist für seine finanzielle Stellung von besonderer Bedeutung. Die Guthaben der Republik betragen allein bei verschiedenen Großbanken hier ungefähr 50 Millionen Mark. Da Finnland bei Beginn des Krieges zu Russland gehörte, wurden die Depots beschlagnahmt. Der Grund der Veranlassung ist nunmehr in Wegfall gekommen. Die Regierung Finnlands beauftragte Rechtsanwalt Dr. Maded-Berlin als ihren bevollmächtigten Justiziar, die notwendigen Schritte zur Freigabe der Gelder einzuleiten. Die bald zu erwartende Aufhebung der Sequestration wird die handelspolitische Betätigung des neuen Staatswesens unterstützen und die Anknüpfung und Pflege der Beziehungen zwischen Finnland und dem deutschen Reich auf wirtschaftlichem Gebiete, deren Wichtigkeit schon vom Hauptauschusse des Reichstages hervorgehoben wurde, wesentlich erleichtern.

Eine allrussische Bundesrepublik?

(Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Gestern fand ein Vernehmlichwerden zwischen den Vertretern des Hauptauschusses der Sozialrevolutionäre der Linken und dem Hauptauschusse der Sozialrevolutionäre der Rechten statt. Ein Mitglied des Ausschusses der Sozialrevolutionäre der Linken machte den Vorschlag, Vertreter der ukrainischen Sowjets und Abgeordnete der Bauern zum allrussischen Bauernkongress zu entsenden, wo die Frage der Einrichtung einer allrussischen Bundesrepublik aller russischen Staaten geprüft werden wird. Der dritte Bauernkongress Russlands wird am 12. Januar eröffnet. Auf diesem und auf dem am 8. Januar zusammentretenden Kongress der Arbeiter und Soldatenangeordneten wird über die Befestigung der Gewalt der Räte der Soldaten, Arbeiter und Bauern, sowie über die Lösung aller durch die Revolution aufgeworfenen grundlegenden Fragen verhandelt werden.

Wir fassen den Vorschlag einer allrussischen Bundesrepublik für gut. Die einzelnen Gebiete, die sich für unabhängig erklärt haben, würden dadurch ihre Selbständigkeit erhalten, immerhin aber einem großen Ganzen angehören.

England.

Ein Aufruf des Arbeitsministers Roberts.

Am Vorabend der Verhandlungen der englischen Regierung mit den Vertretern der Arbeiterparteien betreffend weitere Heranziehung der bisher vom Kriegsdienst befreiten Periode zum Heeresdienst hat Arbeitsminister Roberts einen Aufruf an die englische Arbeiterklasse erlassen, in dem es heißt: Wir alle, einschließlich der viel angegriffenen Regierung, verlangen schließlich nach festem Frieden; aber um einen festliegenden dauerhaften Frieden zu erlangen, ist es notwendig, die kriegsgewohnten Methoden in ihrer höchsten Leistungsfähigkeit zu erhalten. Unsere Pflicht, den Krieg fortzuführen, muß den Mut des Feindes stark beeinträchtigen.

In seinem Aufrufe berührt Roberts ferner die bei dem britischen Arbeiterum weitverbreiteten, auf Gründung einer Arbeiterliga geleiteten Hoffnungen und warnt: Wir müssen wissen, daß der Triumph der verbündeten Mächte das unumgängliche notwendige Resultat der Gründung einer solchen Liga ist. Schließlich des Wirtschaftskampfes nach dem Kriege auf der Welt. Selbst wenn ein Ergebnis dieses Konfliktes die Politik einer militärischen Arbeiterliga sein sollte, ist es klar, daß wirtschaftliche Kämpfe zwischen den Nationen fortzuführen werden, und, wie wohl niemand die wirtschaftliche Vernichtung eines feindlichen Volkes wünscht, wird unter Hauptbestreben sein, die wirtschaftliche Genesung unter eigenen und verbündeten Nationen zu betreiben. Die Nachfrage nach Rohmaterialien wird so groß sein, daß wir uns werden bemühen müssen, sie so sehr als möglich zu kontrollieren und dieselben zu unseren Riffen und zu den Ländern der Verbündeten zu leiten. Ist es, wenn dadurch die Leiden der feindlichen Länder verlängert werden, nicht die gerechte Strafe für die Sünde, die sie begangen haben? Der Aufruf schließt: Ohne Sieg kann die Welt nimmermehr Frieden und Sicherheit erlangen.

Macdonald wirkt weiter für eine internationale Konferenz.

Kamran Macdonald sagte in einer Rede, die er in Dunbarton hielt und worin er seine warme Zustimmung zu Lord Georges Erklärungen gab, der nächste Schritt sei eine internationale Konferenz. Obwohl seine Partei keinen Föderationsfrieden wolle, sei sie immer noch gewillt, nach Stockholm zu gehen, und würde binnen kurzem die Wäse dorthin verlangen. Lord Georges Kriegserklärung zeige einen Geist, der ungewissenhaft zum Frieden führen würde, und zwar zu einem Frieden, der die Kriegsverbrechen beilegen würde. Diese Erklärung würde eine starke Wirkung dahin ausüben, ein gut Teil des Verdachtes, in dem Großbritannien vor der deutschen Demokratie stehe, zu befeitigen.

In der Beurteilung der Rede Lord Georges stimmen wir mit dem Genossen Macdonald leider nicht überein.

Der Seefriede.

Untergang eines englischen Hospitalschiffes.

Reuter meldet amtlich: „Das englische Hospitalschiff „Kew“ wurde torpediert und sank am 4. Januar gegen Mitternacht im Bristol-Kanal auf dem Heimweg von Gibraltar. Alle Vermundeten wurden auf Baroukenschiffe gerettet. Die Verluste betragen drei Mann der Besatzung. Drei Laskaren werden vermisst. Das Schiff fuhr mit allen Lichtern und mit den durch die Haager Konvention vorgeschriebenen Abzeichen. Es befand sich nicht in dem benannten Sperrgebiet, wie sie in der Erklärung der deutschen Regierung vom 29. Januar 1917 festgelegt worden war.“

Ob die U-Boote, die hierüber in Frage kommen könnten, jetzt noch in See sind, können sich die in anderen Stellen, wie wir hierzu erfahren, noch nicht abschließend äußern. Es wird von unrichtiger Seite aber für ausgeschlossen gehalten, daß das Schiff durch ein Unterseeboot torpediert worden ist. Demnach kann nur eine Verletzung durch Minen in Frage kommen.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Arbeiterentlassung in Schweizer Munitionsfabriken.

Die verschiedenen Blätter melden, haben die Munitionswerke in der Schweiz mehr als 15.000 Arbeiter aus bis jetzt unbekanntem Grunde entlassen. Man glaubt, daß eine Brimanderung der Verträge und der Bestellungen Frankreichs und Englands für 1918 eingetreten sei.

Der amtliche Kriegsbericht.

W.W. Großes Hauptquartier, 11. Jan. (Amtlich.)

Westliche Kriegskampagne.

Heergruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.

Veruche des Feindes, überreichend nach Feuertorheit am Morgen des 10. Januar südlich von Ypern in unsere Stellungen einzudringen, scheiterten. Tagsüber entwickelten sich an der flandrischen Front und südwestlich von Cambrai lebhafter Artilleriekampf. Zwischen Moerues und Marconing heigerliche Feuerschüsse am Abend und bei Tagesanbruch vorübergehend zu großer Festigkeit. Die französische Artillerie war beiderseits von St. Quentin und in einzelnen Abschnitten zwischen Dije und Wisne rege.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Westlich von Blamont erhöhte Gefechtsstätigkeit.

Ostlicher Kriegskampagne.

Nichts Neues.

An der Mazedonischen und Italienischen Front keine wesentlichen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Für unsere Feldgrauen.

Die Wahnung Geisteskranker.

Für die Dauer des Krieges darf die Wahnung geisteskranker Heeresangehöriger, die in Irrenanstalten untergebracht sind, an die Angehörigen herabgelassen werden, wenn die Wahnung zum Vorteil des Kranken verwendet wird oder wenn sie zum Unterhalt seiner Angehörigen erforderlich ist. Die Beschaffung von Nahrungsmitteln für den Kranken gilt nicht als Aufwendung zu seinem Vorteil, vielmehr ist darunter zu verstehen die Abtragung von Schulden, die Beschaffung von Arbeitsgerät usw. Den Angehörigen darf die Wahnung nur bewilligt werden, wenn der Kranke sie vor seiner Erkrankung aus seiner Wahnung unterhalten hat, oder wenn sich durch nachträglich eingetretene Umstände, eine weitergehende Unterstützung notwendig gemacht hat.

Keine Erhöhung der Wahnung Kriegsgefangener.

Unter bestimmten Voraussetzungen wird den Angehörigen Verwundeter und Gefangener die Wahnung ganz oder teilweise bewilligt. Es ist nun die Frage aufgeworfen worden, ob die Bewilligung nunmehr, nachdem die Wahnung der Mannschaften erhöht wurde, auch auf Erhöhung der höheren Wahnung haben. Das trifft nicht zu. Im allgemeinen wird nur die frühere Wahnung bewilligt, doch können die Divisionen in Fällen eines besonderen Notstandes über die letzten gewährten Beträge bis zu den Sätzen der höchsten Wahnung hinausgehen. Dabei kann es sich aber nur um ganz besondere, gelegentliche Ausnahmefälle handeln. In der Regel gilt, daß Erhöhungen der Wahnung bewilligt werden kann, der vor dem 21. Dezember 1917 bewilligt worden ist.

Entschädigung für bürgerliche Kleidung.

Ein Teil der Angehörigen, die zum Arbeitsdienst einberufen sind, haben keine Uniform erhalten, sondern verbleiben in bürgerlicher Kleidung. Dafür ist ihnen bisher eine Entschädigung von 12 M. pro Monat ausbezahlt worden. Diese Entschädigung ist jetzt mit Wirkung vom 1. Oktober 1917 auf 20 M. pro Monat erhöht worden.

Aus Sieben und den Randgebieten.

Freitag, 11. Januar.

„Briefe, die ihn nicht erreichten.“

Briefe, die ihn nicht erreichten! Was ist das für ein Schicksal! Zu Hunderten, ja zu Tausenden hat die Post sie beiseite gelassen. Sie tragen sie den Stempel „Gefallen“. Langst hat der Telegraph die Todesnachricht gebracht. Man wollte sie nicht glauben, man klammerte sich immer noch an einen Strohhalm der Hoffnung. Die Briefe aber, die ihn nicht erreichten, die bringen die traurige Gewißheit, daß es keine Hoffnung mehr gibt, daß längst die Augen geschlossen sind, die all die Worte der Liebe, der Sehnsucht, des Trostes leeren wollten. Die Briefe, die ihn nicht erreichten, für den sie bestimmt waren, sie sind ein besonderes Kapitel in der tragischen Geschichte des Krieges und wer sie sammeln und zusammenstellen könnte, der würde damit einen wertvollen Beitrag leisten zu der Psychologie der Menschheit dieser Zeit. Er würde zeigen, wieviel Tapferkeit auch hinter der Front ist, wieviel Selbstverleugnung, wieviel Kraft und Mut, vor allem aber wieviel Liebe und Güte in der Welt lebt, die von ihm erfüllt ist. Und diese Briefe, die ihn nicht erreichten, dem sie bestimmt waren, sie sind bei allen Völkern die gleichen dem Inhalt nach. Mägen sie noch so verschieden sein in der Form, der Sprache, der Aussprache, eines ist fast allen gemeinsam, die Liebe, die man den Fernen erweisen will und die Sehnsucht nach dem Frieden, der Wiedererlangung bringen soll. Nicht mehr schreiben die Väter an die Söhne Briefe voller guter Lehren und Ratsschlüsse. Sie wissen, die Söhne sind Männer geworden da draußen vor dem Feind. Jetzt lassen sie die Söhne Einblick tun in die Zeit ihrer eigenen Jugend, ihres Sehns, ihrer Träume, ihrer Irrtümer. Alles was der Vater erleidet, der Sohn soll es erreichen, wenn er heimkommt, wenn wieder Frieden ist. Der Sohn aber liegt erschlagen auf blutigen Gefilden. Kein Fortleben für ihn, kein Fortleben für die Träume, die Mägen des Vaters. Die Briefe, die den Sohn nicht erreichten, sie bedeuten auch die Verzichtung des Vaters und seines geistlichen Fortlebens.

Anders als die Väter schreiben die Mütter. Ihnen waren die zu Männer gewordenen Söhne fast Fremde, auf die sie wohl stolz waren, vor denen sie aber doch Scheu und Respekt empfanden. Nun sie in den Krieg gezogen sind, leben die Söhne in der Erinnerung der Mütter als die kleinen Kinder, deren Atemzüge sie bewachten, deren Schritte sie behüteten. Darum sind die Briefe der Mütter voll zärtlicher Ermahnungen. Sie sorgen sich, daß es kein warmes Bett gibt im Feld, lächeln Mägen zum Nachdenken, geben gute Ratsschlüsse für den Kampf gegen Entstellungen. Alles ist Sorge und Zärtlichkeit in diesen Mutterbriefen, die sich so oft nicht erreichen, den alle Mutterliebe nicht behüten konnte vor dem grauenhaften Schicksal des Schlachtfeldes. Wie blüht das Mutterherz, wenn die Briefe zurückkommen, die den nicht mehr erreichten, der einst davortrat ruhte.

Es kommen die Briefe der Gattinnen. Jene eben friza-getrauten Frauen erzählen von ihrer Mädchenzeit, die ein Warten war auf den Geliebten, denen der Krieg ein Hüßer ist für Hausstand und Ehe. Da erzählen Mütter von den Kindern, in denen sie das Ebenbild des Vaters großziehen wollen. Ueberrmüde Strecker der Ruben die Erziehung zum Hausmutterthum der Töchter, vom ersten Lächeln, von den ersten Zähnen der Kleinsten berichten die Mütter. Nur Gutes und Schönes soll der Vater draußen von den Kindern hören. Ihre Sorgen, ihre Not mit dem Großen der Kinder behalten die Mütter für sich. So manche Gattin laßt den Weg zum Herzen des Mannes, der ihr fern geworden war im Akt der Ehe. Was man sie nicht um Vergebung für hie im Jor gesprochenen Worte. Alle kommen sie zurück, diese Briefe. Der Gatte hat nichts mehr erfahren von

den Hoffnungen der ihm erst angetrauten Gefährtin. Der Vater kann nicht mehr teilnehmen an den Freuden, die die Entwicklung der Kinder mit sich bringt. Das Herz, das schwer verwundet wurde im Jor, steht still.

Und Kinderbriefe sind dabei. Mühselig gemalte Buchstaben der ungeliebten Hand kleiner Abschlüßer. Briefe der Ruben, die so stolz sind auf den Vater, der ihnen als Held erscheint, von Mädchen, die ihm von der Mutter und ihren Tränen erzählen. Und Brautbriefe! Wer möchte den Schleier lüften von der keuschen Liebe des Mädchenherzens. Wie kommen sie zurück, diese Briefe und mit ihnen ein Meer von Zärtlichkeit und Sehnsucht.

Wer hätte wohl schon den ersten Aufschrei, wenn sich ein Brief zurückkommt, der sein Ziel nicht erreichte. Tausendfach ist das Echo, in dem dieser Schrei widerhallt. Noch geht er nicht in aller Ohren. Noch gibt es Menschen, die meinen, es sind nicht genug Opfer, die der Krieg gefordert hat. Ob auch sie wohl Briefe geschrieben haben, Briefe voller Zärtlichkeit, voller Sehnsucht, voller Hoffnung, Briefe, die den nicht erreichten, dem sie bestimmt waren, die zurückkamen, Boten aus der Welt des Todes?

Wie der Schmerz ausgebetet wird. Nicht nur die materielle Not des Volkes nugen die Geschäftemacher aus, sondern auch aus der geistigen und seelischen Not wissen sie Geld zu schöpfen. Bekanntlich besteht in den breitesten Schichten unseres Volkes nicht nur ein körperlicher Hunger, sondern auch ein Hunger nach Trost und geistiger Erquickung, und das machen sich geübte Geschäftsleute zunutze, indem sie auf das Gefühl der Bedürftigkeit spekulieren. Besonders viel Anzug wird gegenwärtig mit der Frage des Fortlebens nach dem Tode und des Wiedersehens im Jenseits getrieben. Manche Witwe und manche Mutter, die etwas Liebes verloren haben, grübeln über diese Frage nach. Ihren Wünschen kommen zahlreiche Bücher entgegen, die von Buchhändlern zu teuren Preisen auf den Markt geworfen werden. Es ist fast ausnahmslos Schund, was den wüßbegierigen Lesern und Leserinnen geboten wird. In einem dieser Hefte mit schlechtem Druck und elender Ausstattung, das für 2 Mark verkauft wird, werden die tiefsten Weltträsel mit einer Oberflächlichkeit erörtert, die nur von der Dummheit und Unwissenheit des ungenannten Verfassers übertraffen wird. Der Verfasser kommt auf Grund naturwissenschaftlicher Untersuchungen und mit Bezugnahme auf die Lehren der sogenannten Geheimwissenschaften zu dem Ergebnis, daß wir unsere lieben Toten nach dem Tode wiedersehen werden. Dabei empfiehlt er mit der Miene der Harmlosigkeit zum Zwecke eines gründlichen Studiums der Frage noch andere Bücher, die „zufälligerweise“ in dem gleichen Verlage wie das heilige erschienen sind. Die Preise für alle derartigen Bücher sind verhältnismäßig sehr hoch, und wenn eine arme Frau, deren Wüßbegierde erweckt ist, der Sache auf den Grund gehen will, so kann sie leicht 20 bis 30 Mark dabei loswerden, und dabei bleibt sie gerade so klug wie zuvor, aber der Geist gerät in Verwirrung und Aufregung. Anstatt daß ihre Seele Trost schöpft aus der Beschäftigung mit diesen Dingen, werden Zweifel rege gemacht und unruhige Stimmungen geschaffen. Wer im Buche Trost sucht, der ist gewiß gut beraten. Aber noch immer haben gute Werke der Dichtung, die das Denken wieder auf das Leben in seiner unendlichen Größe lenken, am besten getrostet und Ruhe spenden.

Verhandstoffe nur gegen Bezeichnung. Wir werden gebeten, darauf hinzuweisen, daß laut Verordnung der Reichsbeschaffungstelle baumwollene Verhandstoffe aus Leinwand, Woll- und Strickwaren, d. h. Verbandmatten und Verbandgagen jeder Art, sämtliche Sorten Binden (mit Ausnahme von Flanell, Leinen- und Damenbinden) und Wollstrickwaren infolge außerordentlicher Materialknappheit nur noch auf schriftliche Verordnung eines approbierten Arztes, Zahnarztes oder Tierarztes von Apothekern, Droghandlern oder Bandagisten abgegeben werden dürfen. Verbandmatten, Laster, Salbe- und Bänder-Verbände sind nach wie vor frei erhältlich. Als Ersatz für baumwollene Binden sind Krepppapierbinden zu empfehlen.

Die Anmeldung vermietbarer Wohnungen und Wohnräume, die nach der Polizeiverordnung vom 7. Dezember 1917 beim amtlichen Wohnungsnachweis Mengstraße 29 I zu erfolgen hat, wird immer noch häufig unterlassen. Da aber diese Unterlassung strafbar ist, so liegt es im Interesse der Hauseigentümer oder deren Vertreter die Anmeldung unverzüglich vorzunehmen. Wie uns mitgeteilt wird, sollen weitere Maßnahmen ergriffen werden, falls die in der heutigen Nummer enthaltene Bekanntmachung keinen Erfolg haben sollte.

Der Ausschuss für Kriegshilfe, Abt. Kleingartenbau, wendet sich in seiner heutigen Anzeige an alle Gartenbesitzer und Berufsgärtner Sieben mit der dringenden Bitte, alle Ueberflüsse an Sämereien, insbesondere an großen Bohnen, Krappbohnen und Stangenbohnen und Erbsen an die Gefächtsstelle, Stadthärtner, Mühlendamm 7, abzugeben gegen Vergütung der in der Anzeige näher aufgeführten Preise. Hüher dem oben genannten Saatgut werden Gemüsesamen jeglicher Art, jedoch nicht unter 100 Gramm dortselbst entgegengenommen und mit den festgesetzten Höchstpreisen bezahlt.

Strafbare Veräußerung von Fahrrädern. Seit dem 12. Juli 1916 sind die Fahrraddecks und Fahrradständer beschlagnahmt, soweit sie nicht zur gewöhnlichen Weiterveräußerung vorhanden waren. Diejenigen beschlagnahmten Veräußerungen, für die keine Verwendungserlaubnis erteilt ist, sind inzwischen entgeltlos und eingezogen worden. Vor den Verwendungserlaubnissen ist nun ein Teil im Laufe der Zeit zurückgegeben oder gegenstandslos geworden, jedoch eine Anzahl Fahrräder vorhanden ist, die ihrem Besitzer nichts nützen. Es liegt nahe und ist in letzter Zeit mehrfach vorgekommen, daß diese Fahrräder nicht Veräußerungen oder nur die Veräußerung anderer zum Kaufe angeboten worden sind. Hatte der andere Verwendungserlaubnis für eine Fahrradveräußerung, so geschah dieses Angebot teilweise in der Meinung, daß eine solche Veräußerung zulässig sei. Das ist nicht richtig. Die Beschlagnahme der Fahrradveräußerungen ist niemals aufgehoben; und die Veräußerung nur an die öffentlichen Sammelstellen — in Sieben bekanntlich bei der Polizeistelle, Mengstraße 4 — zulässig. Auf Zuwiderhandlungen steht in der Regel Gefängnisstrafe.

pb. Einbruchdiebstahl in Travemünde. Mittels Einbruchs sind in Travemünde folgende Gegenstände gestohlen: 1 Silberzeug (plattiert): 12 Glössel und 12 Gabel (jez. G. im Gnu); aus einem großen Kasten: 7 Glössel, 12 Löffel, 20 Gabeln, 10 Gabeln, 12 Messer (diese fünf Gegenstände mit Monogramm C. G.), 14 Messerhänke, 12 große Messer und 6 Messerlöffel. 2 Leinwandzeug: 15 Kissenbezüge, 17 Betttücher, 1 Tischwand mit 6 Servietten (Punkte), 1 Tischwand (C. G. rot Kreuzlich), 6 Servietten, 6 Servietten (Astermuster), 1 Kaffeegabe, 12 kleine Servietten, 12 Damasthandtücher, 2 große Tischtücher, 2 kleine Tischtücher, 7 Damastservietten, 6 Damasthandtücher, 3 Babelaten, 4 Damastblumenbezüge, 8 diverse Handtücher, 10 neue grobe Handtücher gezeichnet G.

Vollständiges Konzert. Das sechste vollständige Konzert in einem Teile der Buch gewidmet, dessen 80. Geburtstag die gesamte musikalische Welt am 6. Januar feierte. Herr Konzertmeister Sprato wird das ungemein populäre Werk des Komponisten, das Violinconcert in g-moll, spielen. Eröffnet wird der Abend mit Bruchs Vorspiel zur Oper „Loreley“, geschlossen mit Reinesdes, des Lehrers Bruchs, edlem Vorspiel zum 5. Akte der Oper „Manfred“. Der zweite Teil des Abends umfasst Werke von Bizet (1. Orchestersuite), Rubinstein, Gounod, Tchaikowsky und Waldteufel.

Danlathater. Man schreibt uns: Das Danlathater bringt am Sonntag, den 13. d. M. eine Neueinstudierung der hier schon mit großem Beifall aufgenommenen Operette: „Die feuchte Zulanne“, welche im Laufe der Woche wiederholt wird. (Siehe Wochenplan.) Am Montag findet eine Wiederholung von Rinder, amüüet Euch! hat. Sonntag nachmittag wird das Märchen „Tischlein deck dich!“ zum letzten Male aufgeführt.

Samburg. Im Zeichen des Burgfriedens. Eine Arbeiter tief erbitternde Maßnahme hat die Weltfirma Blohn u. Bok verübt, indem sie ihre Arbeiter auf drei

Zeigeperrre. Während der Weihnachts- und an den beiden vorhergehenden Tagen war der Betrieb geschlossen, am 27. Dezember sollte die Arbeit wieder beginnen. Um den durch die vier Feiertage entstandenen Arbeits- und Verdienstverlust auszugleichen, sollte am Sonntag, 30. Dezember, von 10 bis abends 5 1/2 Uhr, und Montag, 31. Dezember, bis nachmittags 3 1/2 Uhr mit den üblichen Zuschlägen gearbeitet werden. Die regelmäßige Arbeit sollte Mittwoch, 2. Januar, wieder aufgenommen werden. Damit waren auch die Arbeiter zufrieden. In den drei Tagen des 27., 28. und 29. Dezember wurde wie gewöhnlich gearbeitet, als nämlich ein Anschlag erschien:

Die übergroße Anzahl fehlender Arbeiter und Kohlenmangel veranlassen uns, die Fabrik Sonntag, 30., Montag, 31., Dienstag, 1. und Mittwoch, 2. Januar, zu schließen. Die regelmäßige Arbeitszeit beginnt Donnerstag, 3. Januar 1918.

Der Vorwand des Kohlenmangels ist, wie in der Zuschrift an das „Hamb. Echo“ ausgeführt wird, kaum stichhaltig. Die Hauptursache der Absperrung wird zweifellos das Fehlen einer Anzahl Arbeiter gewesen sein. Was hat aber die fehlenden Arbeiter veranlaßt, am Tage nach dem Weihnachtsfest nicht wieder zur Arbeit zu erscheinen? In der Mehrzahl sind es zweifelsohne sogenannte kommandierte Leute, die von der Heeresverwaltung zur Arbeitsleistung kommandiert wurden und deren Familien sich außerhalb Hamburgs befinden. Nun ist es ja begreiflich, daß der Arbeiter gegen das Weihnachtsfest in seiner Familie verleben will. Und da die Werte ja an den Weihnachtstagen und an den beiden vorhergehenden Tagen geschlossen war, hatten die außerhalb anwesenden Arbeiter ja Zeit, ihre Familien zu besuchen. Die nächsten Verkehrsverbindungen werden dann die Arbeiter veranlaßt haben, auf eigene Faust ihren Urlaub noch etwas zu verlängern, denn es muß es auf die übrigen Arbeiter der Werte wirken, die am Tage nach Weihnachten und an den übrigen Tagen pünktlich zur Arbeit erschienen, daß sie nun mit ausgesperrt wurden, daß sie für die Stunden anderer nicht ständig auf der Werte arbeitender Kollegen hüben müssen, ganz abgesehen davon, daß sie den Verdienstausfall nicht missen können, zumal in der für den Arbeiterhaushalt kritischsten Zeit des Jahreswechsels, wo größere Zahlungen, Miete usw. zu leisten sind. Andere Betriebe versuchen, selbst unter Umgehung der behördlichen Anordnungen, ihren Arbeiter durch Bekämpfung von Kartoffeln, Gemüse, Kohlen usw. beständig zur Seite zu stehen, Blohm u. Hoff aber überläßt ihre Arbeiter aus. Die Meinung für diese Maßregelung aber wird zu gegebener Zeit präsentiert werden. Darauf kann Herr Blohm sich verlassen.

Kohlen. Medlenburgs Tiefstand zeigt sich, wie unser Hoffener Parteiblatt schreibt, in der Art, wie die Verfallungsfrage behandelt wird. Ohne mitzuteilen, was ihre Ursachen sind, ließen die beiden medlenburgischen Regierungen vor Weihnachten auf dem Landtage eine Kommission wählen, mit der die Regierungen die Verfallungsreform vorbereiten wollen. Besonders legte sich die Schweriner Regierung dafür ins Zeug, den Gutsbesitzer von Graefe in die Kommission hineinzubekommen.

was die „Ritter“ aber unter der höflichen Bemerkung abweisen, die Wahl des Genannten in die Kommission „würde die Verfallungsreform nicht fördern“. Womit ausgedrückt werden sollte, daß der von Herrn Graefe fabrizierte Verfallungsentwurf — wegen dessen die Regierung den Mann gerade in die Kommission hineingenommen wissen wollte! — den „Rittern“ schon zu reformfeindlich ist.

Mit größter Hartnäckigkeit aber wird verschwiegen, wie denn eigentlich der Graefische Verfallungsentwurf aussieht. Bis jetzt das Funterblatt in Wismar den Schleier etwas lüftet. Graefes Blättchen versichert nämlich mit besonderem Nachdruck, sein Herr und Meister habe nie eine Abgabe an das berufskundliche Wahlrecht erteilt. Im Gegenteil sei es Ansicht des Herrn Graefe, daß der „beruflichen Etablierung der Wahlkörper für die allgemeinen Wahlen“ die Zukunft gehören müsse.

Die „Medlenburgische Volks-Zeitung“ schreibt dazu u. a.:
Wundern braucht man sich nun allerdings nicht, daß die Schweriner Regierung ob des Berufswahlrechts des Gutsbesitzers v. Graefe-Goldbeck beide Arme liebevoll aufgesperrt hat, wenn man nämlich weiß, daß schon vor Monaten gerade der Schweriner Minister v. Meckheim im vertrauten Kreise zu Vorklären für ein Berufswahlrecht aufgerufen hat, weil, wie er behauptete, es nichts Besseres gebe als ein den Ansprüchen allgemeiner Wahlen entsprechendes berufskundliches System! Ja, ja, unsere medlenburgischen Staatsmänner...

Der Goldbecker Gutsbesitzer hat ihm nun einen Entwurf fabriziert, und Herr v. Graefe kann sich hierbei rühmen, sogar Arm in Arm zu marschieren mit einer Autorität für berufskundliche Wahlen: es ist der in den weitesten Kreisen gründlichst unbekanntes Hofbäckermeister Meyer-Schwerin. Dieser Mann vom Rasthof ist es, der „in historischer Stunde“ die glänzendste Theorie über das berufskundliche Wahlrecht geäußert hat. Von ihm stammt die Heilslehre, daß das berufskundliche Wahlrecht allen anderen vorgezogen werden müsse, indem es Erfahrungssache sei, daß führende Politiker nicht an den Führerstellen in den Berufsorganisationen stehen. Womit Herr Hofbäckermeister v. Meyer sich selbst nebenbei seine eigene politische Befähigung rückwärts konstatiert hat, denn er ist der erste Führer der Schweriner Bäckermeister, ihr Obermeister. Und eben deshalb, weil bei den Führerstellen in den Berufsorganisationen die Führung in der Politik nicht (!) liegt, sollen nun nach Meyer keine Reichstagskandidaten in den Landtag gewählt werden auf Grund des Berufswahlrechts.

Beer. Ein Hochzeitspaar von zusammen 156 Jahren. Der Fall, daß ein Brautpaar vor dem Altar tritt, das zusammen 156 Jahre zählt, dürfte wohl zu den Seltenheiten gehören. Aus Schlesien ist ein solcher Fall zu verzeichnen. Vor kurzem schloß der 82 Jahre alte Schiffer Gerd Lemmen in Friedrischshagen mit seiner Frau, die bereits das 74. Lebensjahr überschritten hat, den Eheband.

Wirtschaftliches.

Arzneimangel in Dänemark.

Das dänische Gesundheitsamt hat an die Apotheker ein Rundschreiben gerichtet, daß ein Mangel an verschiedenen unentbehrlichen Medikamenten drohe. Das Amt dränge die Regierung zu geeigneten Abhilfsmitteln.

Die Ernährungs-Schwierigkeiten in Norwegen.

haben zu intensiver Arbeit für eine Erhöhung der Landwirtschaftsproduktion geführt. Es ist festgestellt worden, daß im nächsten Jahre neue Ackerstrecken mit einer Million Maß Saatgetreide belegt werden sollen und man spricht von Möglichkeiten für eine eventuelle Zwangsbebauung.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 10. Januar. (Amtlich.) Neue U-Boots-Erfolge im Mittelmeer: 12 Dampfer mit 35 000 Brutto-Registertonnen. Die Schiffe hatten meist wertvolle Ladungen für Italien und die englische Kriegswirtschaft im Orient.

In besonders geschickt und hartnäckig durchgeführten Angriffen gelang es, zwei Geleitzüge aufzureißen und dabei 6 Dampfer zu vernichten. Unter diesen konnten festgestellt werden die beladenen bewaffneten englischen Dampfer „Fiscus“ (4170 To.), „Turnbridge“ (2874 To.), „Cliftondale“ (3811 To.) und „Waverley“ (3853 To.), letztere beiden mit je 5000 Tonnen Kohlen nach Malta bezw. Port Said unterwegs.

Von dem englischen Dampfer „Cliftondale“, der mit zwei 15-Zentimeter-Mörsern und einer 7,6-Zentimeter-Schnellabwaleone bewaffnet war, wurde der Kapitän gefangen genommen.

Ferner wurde der bewaffnete italienische Dampfer „Pietro“ (3860 To.) in überraschendem Angriff durch Geschützfeuer niedergelassen, während der durch Bewacher geführte bewaffnete englische Dampfer „Perrier“ (3874 To.), der beladen auf dem Wege nach Otranto war, einem Torpedo zum Opfer fiel.

In vorstehenden Erfolgen war in hervorragender Weise der Kapitänleutnant Renaud de la Perriere beteiligt.
Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwach. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Gänzlich in Pflanz.

Bekanntmachung

Höchstpreise für gelbe und weiße Kohlrüben (Stedrüben) und Runkelrüben.

Auf Grund der §§ 4 und 7 der Verordnung des Reichskanzlers über Gemüse, Obst und Säbfrüchte vom 2. April 1917 sind vom Montag, dem 14. Januar 1918 ab folgende, veränderte Höchstpreise festgesetzt:

Erzeugerpreis	Erzeugerpreis auf Grund eines von der Reichsstelle für Gemüse und Obst abgeschlossen und von ihr genehmigten Lieferungsvertrages	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis
---------------	--	------------------	-------------------

21. Gelbe Kohlrüben (Stedrüben, einschließlich Einmengenabgabe)	1 1/4 Pf.	3/4 Pf.	5/8 Pf.	5 Pf.
Weiße Kohlrüben (Stedrüben, einschließlich Einmengenabgabe)	1 1/4 „	2 1/4 „	4 1/4 „	7 „
Runkelrüben (einschl. Einmengenabgabe)	1 1/2 „	2 1/2 „	4 1/2 „	7 „

Alle Preise gelten für ein Pfund und sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes.
Im übrigen behalten die am 29. Dezember 1917 und die am 5. Januar 1918 veröffentlichten Höchstpreise für Gemüse und Obst ihre Gültigkeit.

Südb., den 10. Januar 1918. (142)

Landesstelle für Gemüse und Obst.

Vaterländischer Hilfsdienst.

Anforderung des Kriegsamtes zur freiwilligen Wehrung gemäß § 7 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst.

Im besetzten Gebiet Belgiens bedarf es noch einer großen Anzahl von Hilfsdienstleistenden, um Soldaten für die Front freizumachen. Die Bestimmungen für die Anstellung der Hilfsdienstleistenden sind einfach. Die Annahme von Stellen im besetzten Gebiet durch Hilfsdienstleistende unterliegt das Herr, der Soldaten frei werden.

Es werden gesucht:

Elektrotechniker, Schreiber, Köche, Küchenarbeiter, Kraftfahrer, Ordnonnanz, Schneider sowie Leute für sonstigen Arbeitsdienst.

Es kommen nur Leute in Frage, die nicht mehr im wehrfähigen Alter, also vor dem 1. 8. 1892 geboren sind. Nacharbeiter und Personen mit anderen körperlichen Fehlern und Gebrechen, sowie Personen, die in kriegswichtigen Berufen tätig sind, können nicht angenommen werden. Die näheren Bedingungen sind bei der Kriegsamtsstelle Altona zu erfahren.

Wehrmann, welche freiwillig oder mündlich erfolgen können, wenn die Kriegsamtsstelle Altona, Geibelstr. 1, ersucht.

141 **Kriegsamtsstelle Altona.**

Bekanntmachung.

Ankauf von Sämereien

nach der Ansicht für Kreuzstiele, Hl. Klempnerhand in der Schützengasse, Altona, den 7.

Die große Bohlen werden bezahlt: Hl. 5.— bis 1.— bis 2.—
Erzeugerpreise u. Erzeugerpreise
in nach der Seite
Erträge je nach der Seite
Alle anderen Geschäftsverträge der Seite 1917 werden in
Kreuzen oder nicht weniger als 100 Gr. in den festgesetzten Höchstpreisen erfüllt.
Das Geschäftsgeschäft ist geordnet von 9—1 Uhr morgens und
von 2—5 Uhr nachmittags.

Warnung.

In letzter Zeit werden in vielen Geschäften sogenannte Wunderkäse verkauft. Durch die Zuschrift, daß jede Tüte eine richtige Heilung enthält, oder daß jeder von dem hübschen Inhalt überrascht sei, werden besonders Kinder zum Kauf und dadurch zu unbilligen Geldausgaben verleitet, denn der Inhalt der Tüten besteht nur aus wertlosen oder höchst minderwertigen Gegenständen. Es ergeht daher an die Eltern und Erzieher die Aufforderung, ihre Kinder und Waisenbefohlenen von dem Kaufe derartiger Wunderkäse oder ähnlicher unter marktüblichen Anpreisungen angebotener Gegenstände dringend abzuhalten.

Südb., den 10. Januar 1918. (140)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung betreffend Fleischverkauf.

In der Woche vom 14. bis 20. Januar 1918 werden 250 gr. Rindfleisch oder 500 gr. Schweinefleisch oder 250 gr. angedünnter oder 200 gr. Ferkelwurst, auf die Rinderkarte die Hälfte, ausgegeben.

Südb., den 10. Januar 1918. (134)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß vermietbare Wohnungen und Wohnräume mit einem Jahresmietwert bis zu 200 Mk. — bei Vermietung von Strafe dem amtlichen Wohnungsnachweis, Rensstraße Nr. 28 I, unter Nennung der vorgeschriebenen Kennzeichen anzumelden sind und daß solche ungemeldete Wohnungen, die unrichtig vermietet wurden, wieder abgemeldet sind.

Südb., den 10. Januar 1918. (144)

Die Behörde für Wohnungspflege.

Eise Freitag (138)
Bruno Mohsen
Verlobte.
Großmutter: **Wiesfeld**,
am 1. Januar 1918.
Südb., den 10. Jan 1918.

Saub. Frau od. Mädchen
für einige Tage gesucht. (129)
H. Erwana, Ulmenstraße 3.

Georg Hartenbäume
(145) **Südb., den 10. Jan 1918.**

Frettchen.
(137) **Südb., den 10. Jan 1918.**

J. H. Pein
Am Markt 12. III
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für
erstklassige
Manufakturwaren
Spezialhaus für Betten
Bettfedern u. Dannen
Herren- und Knaben-
Garderob. Arbeiter-
und Berufs-Kleidung.

Jedes Bild
vergröß. Reinhard, Glaxinstr. 5.

Deutsch-russischer Soldatensprachführer.
— Preis 20 Pfg. —
Buchh. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Sozialistische Dokumente
des Weltkrieges.

Eine Darstellung der Haltung der organisierten Arbeiter aller Länder zum Weltkrieg, mit kurzen geschichtlichen und wechelpolitischen Einleitungen.
L. Hiet: Politik und Krieg — Grundzüge der englischen Politik.
Von M. Beer.
Preis 10 Pfg.

Buchh. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Um Neueintragung für
Mühlentabellate :::: **Auflösungsmittel**
Zuder :::: **Kaffee-Erlösungsmittel**
bittet baldigst
Eduard Speck
Huxstraße 80 und 82. 138

Neueintragung in die Kundenliste für **Fleisch**
nimmt entgegen
Fr. Westphal, Schlachterei,
20 Klappenstrasse 20. 130

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend.
C. G. m. b. H.

Bezirksversammlung.
für die Warenabgabestellen in **Stockelsdorf und Fackenburg**
am Sonntag, d. 13. Januar 1918
nachmittags 2 Uhr
bei Herrn Gastwirt F. L. Paetau.

Seeretz
am Sonntag, d. 13. Januar 1918
nachmittags 2 Uhr
bei Herrn Gastwirt E. Gordts.
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht.
2. Wahlen zum Genossenschaftsrat.

Kaninchenzucht-Verein
für Lübeck u. Umgegend von 1895.
Hauptversammlg.
am Sonnabend, dem 12. Jan. 1918
abends 7 Uhr pünktl.
im Vereinslokal Lindenstr. 13.
Wichtige Tagesordnung!
Fatterausgabe!
Der Vorstand. (132)

Stadttheater.
Freitag, den 11. Januar 1918:
Die Zauberflöte.
Sonnabend, den 12. Jan. 1918:
Meine Frau, die Hofchauspielerin.
Anfang der Vorstellungen
7 Uhr.
Sonntag, den 13. Januar 1918:
Nachmittags 3 Uhr:
Zum letzten Male:
Märchen.
Abends 7 Uhr:
Die Zauberflöte.

Hansa-Theater.
Freitag, 11. Jan., abds. 7 Uhr:
Zum letzten Male:
Verheiratete Junggesellen.
Sonnabend, den 12. Januar
abends 7 1/4 Uhr: (135)
Der Juxbaron
Sonntag, 13. Jan., abds. 7 Uhr
Die keusche Susanne.
Operette in 3 Akten von
Winterhagen (John Gilbert).
Nachm. 3 Uhr: Kleine Preise
Kinder-Märchen-Vorstellung
Tischlein deck' dich!

Jochimke, hüte di!

Wenn der Januschauer Kammerherr von Oldenburg und der Vorsitzende des Bundes der Landwirte von Wangenheim gesprochen haben, dann erfährt man so manches über die Stimmung und das Vorhaben in der konservativen Partei. Am 5. Januar tagte in Marienburg eine Provinzialversammlung des Bundes der Landwirte, in der die beiden sprachen. Einiges von den Reden haben wir bereits kurz mitgeteilt. Gewaltige Pläne haben die Junker vor sich ausgebreitet, wollen sie alles kurz und klein schlagen, wenn der König nicht umkehrt und hinfort wieder ihren Willen tut. Der Geist der Quignons ist in ihnen wieder erwacht, der bis dahin schlummerte, weil alles nach ihrem Willen ging. Jochimke hüte di... Doch lassen wir in einigen Stichproben die Herren selber reden. In seinem Kaiserhoch sagte der Kammerherr von Oldenburg:

„Wenn es hart auf hart kommt, wenn der König von Preußen sich entschließt, für seine Macht, das Erbe großer Ahnen, einzutreten, dann werden weder die Bayern, noch die Württembergern ihm zur Seite stehen, sondern wir Preußen, die da einstehen für das glorreiche Hohenzollernhaus. Wir stehen unter dem Eindruck unverdienter Demütigung des preussischen Staates. Wenn unser König im ganzen Königreich keinen Mann findet, der eintritt für das Recht der Krone und entgegen tritt einem wild gewordenen Parlament, und der die Verfassung wieder herstellt, dann mag er auch diese Aufgabe übergeben dem großen Hindenburg und Ludendorff, die der allmächtige Gott in seiner Gnade dem König und uns in den Schoß gemorjen hat. (Starker Beifall.) Wir alle aber, die wir stehen und fallen wollen mit dem, was wir hoch gehalten, wir wollen aussprechen den alten Ruf der Treue in Freud und Leid.“

In seinem Vortrage über die politische Lage sagte der gleiche Redner:

„Wenn ich etwas zu sagen hätte, würde ich Erzberger in den Schützengräben schiden und Scheidemann mühte sich im Hilfsdienst nützlich machen! Wenn die Sozialdemokraten keine Munition machen wollten, dann würde ich sagen: Wer sein Vaterland in der Not verläßt, ist ein Hundstot. Dann muß man sie zwingen und die Rädelstrolächer an die Wand kessen und totschießen. (Starker Beifall.) Die Regierung muß sein wie ein Dampfer, was freischwimmt, mal mit der Peitsche knallen. Wer bloß freischwimmt, ist geworfen! Die Diplomaten tun so, als sei Mut und deutsches Gefühl garnichts und als betrieben sie Schwarzhandel, wie im Freischuß. — Und dann gegen Sternin gerichten: Was will man unter allgemeiner Volksherrschaft verstehen? Wer durch Polen hin und her geritten ist, wird mit Wüchser jaagen: „Vor popul, vor Kumbiel!“ (Stürmische Heiterkeit.) Der Verzichtsfrieden der Sozialdemokratie ist Edelmut und Dummheit, dazu eine Verzerrung des Volkes. ... Für den Frieden gibt es nur eine Möglichkeit, daß der deutsche Kaiser mit der Faust auf den Tisch schlägt und sagt: „Friede auf Erden!“

Die Rede des Freiherrn von Wangenheim im Beisein eines politischen und wirtschaftlichen Leil. Am stärksten war der Satz, der großen Beifall fand:

„Der Staatsmann, der einen Frieden ohne Kriegserklärung schließt, müßte als Landesverräter erschossen werden. Wir stehen vor ausschließlichen Zusammenstößen der Landwirte und der anderen Stände und vor den größten Entscheidungen der Weltgeschichte! Nicht unterwürfige Darstellungen an die leitenden Behörden führen zum Ziel, sondern wie nach außen, so auch nach innen, nur die Macht.“

Aus den Ausführungen wirtschaftlicher Art haben wir Herr:

„Am Anfang des Krieges wurde Brotgetreide aus dem Osten nach den westlichen Schweineböden geschickt, ohne daß die Regierung eintritt. Vor Beginn des Krieges hatten wir mehr Getreide im Inlande, als wir gebrauchten. Bei Beginn des Krieges hatten wir 25 Millionen Schweine, die anfänglich von unserm Brotgetreide lebten. Wir wiesen darauf hin, daß die Getreidevorräte im Frühjahr 1915 er-

schöpft sein würden, wenn nicht eingegriffen würde, aber es geschah zunächst nichts. Ich erklärte, daß ich stets mit dem Antrage kommen würde, sämtliches Brotgetreide zu beschlagnahmen und zuzuteilen. Aber, das ist ein Verhängnis, daß bei uns alle Beschläge zu spät kommen, auch beim Getreide. Die Kriegswirtschaftlichen Vorarbeiten wurden vom grünen Tisch gemacht, und wenn sie beachtet und durchgeführt worden wären, dann würden sie den Ruin der Landwirtschaft und den Zusammenbruch des deutschen Volkes herbeigeführt haben! Bemerkenswert war auch die Mitteilung, daß Michalek seine erste mutige Rede, in der er den Landwirten den Vorwurf machte, daß sie die Lebensmittel durch Verschwendung verschmälert hätten, auf Vorhalten im Landesökonomienrat wiederum hat einschränken müssen. Eine vollkommen freie Wirtschaft wird in absehbarer Zeit nicht eintreten, völlig vielleicht niemals mehr. Eingehend wurde die Kartoffelfrage behandelt. Redner verlangte eine größere Zuteilung von Kartoffeln zum Versüttern und sagte: „Nun frage ich Sie, füttern Sie nur die vorgeschriebenen kleinen und kleinen Kartoffeln? Ich glaube nicht. Das Kriegsernährungsamt hat nicht annähernd eine Statistik über die Größe der Flächen, die mit Früchten bebaut sind.“

Von großem Interesse war die Mitteilung von einer umfassenden Organisation für die landwirtschaftliche Erzeugung über das ganze Reich, die neben dem Kriegsernährungsamt wirken soll. Diese Organisation bestimmt, wieviel an Lebensmitteln für das ganze Reich zu beschaffen ist. Der Anbau und die Ablieferung wird dann auf die Einzelstaaten, von diesen auf die Provinzen, Kreise und Gemeinden verteilt. In den Gemeinden bestimmt ein Ausschuß, wieviel der einzelne Besitzer von den Früchten anzubauen und später abzuliefern hat. In den Städten wieder organisieren sich die Verbraucher mit dem soliden Handel, um die Erzeugnisse der Landwirtschaft auf kürzestem Wege an die Verbraucher zu bringen.

Hausbesitzer und Kleinwohnungsnot.

In einer Denkschrift des Breslauer Magistrats über Kleinwohnungsbau hat Justizrat Dr. Epstein Leitfäden vom Hausbesitzerstandpunkt aus aufgestellt, deren Prägung die „Deutsche Grundeigentümerzeitung“ als besonders glücklich und für andere Großstädte, namentlich für Berlin passend bezeichnet. In diesen Leitfäden heißt es: „Es ist an allen Orten, in denen Wohnungsnot besteht oder droht, die Erleichterung von Häusern mit Kleinwohnungen in zweckmäßiger Weise zu fördern. Soweit hierbei behördliche Hilfe in Frage kommt, haben die Behörden alles zu vermeiden, was die Lage der derzeitigen Hausbesitzer zu untergraben geeignet ist. Die Eigentümer der bestehenden Häuser leistungsfähig und arbeitsfreudig zu erhalten, ist bei der großen Zahl der bestehenden Wohnungen auch für die Allgemeinheit von ungleich größerer Bedeutung als die Beschaffung neuer Wohnungen, deren Herstellung immer nur in verhältnismäßig geringer Zahl möglich ist. Es ist selbstverständlich Pflicht der Gemeinden, Vorkehrungen zu treffen, daß die heimkehrenden Krieger ausnahmslos auch eine menschenwürdige Wohnung vorfinden. Zu dem Zweck haben die städtischen Behörden unverzüglich Schritte zu tun, um Teilung größerer Wohnungen, vorübergehende Freiabgabe von Räumen in höheren Stockwerken, Bereitstellung öffentlicher Räume herbeizuführen. Das wird um so leichter sein, wenn die städtische Baupolizei der Angelegenheit Wohlwollen entgegenbringt. Dauernde Überhilfe ist zu erhoffen, wenn der zweite Teil des Gesetzes über die Sichertheit der Bauforderungen endlich eintritt, dadurch den Bauhandwerkern die Bezahlung ihrer Arbeiten gesichert und so der Bauwindel an der Wurzel getroffen wird. Die Bautätigkeit der Baugenossenschaften und Gemeinnützigen Gesellschaften ist in keiner Weise einzuschränken, die freie Bautätigkeit zu ersetzen und das Wohnungsbedürfnis zu befriedigen. Ihre Bevorzugung schadet der Bautätigkeit mehr, als sie nützt, und deshalb wendet sich der organisierte Hausbesitz gegen jede Bevorzugung dieser Organisation in

irgend einer Form. Es ist insbesondere Protest einzulegen, daß Hypotheken zu einem niedrigeren Zinsfuß hergegeben werden, als dies dem übrigen Hausbesitz gegenüber geschieht. Eine jede Bevorzugung macht den sechsten Grundbesitz konkurrenzunfähig, schädigt diesen und auch die Stadt selbst, die nicht berechtigt erscheint, das zum größten Teil vom Hausbesitz aufzubringende Vermögen zu verschleudern, um für Neubauten Vorzugsrechte gegenüber dem bestehenden Hausbesitz zu begründen. Es erscheint auch nicht erforderlich, daß zum Erwerb von Häusern städtisches Land, sei es Bau- genossenschaften oder Privatpersonen, zum Einkaufspreise gemährt wird. Auch hierin liegt ein Geschenk.“

Den Hausbesitzern schwillt offenbar der Kamm. Eine derartig dreiste Bemerkung, wie vom Vernehmen von zum größten Teil aufgebrauchten Vermögens, verdient die allerhöchste Zurückweisung. Dringend ist es ein Eingreifen zur Herstellung billiger Kleinwohnungen. Der Krieg hat die Wohnungsnot überall zu einer akuten Krankheit gemacht. Der Umstand, daß während der Kriegszeit nur wenig, im letzten Jahre fast überhaupt keine Wohnungen gebaut sind, hat überall die Hausbesitzer veranlaßt, eine Steigerung des Mietzinses vorzunehmen. Sie sind dabei in einer Weise vorgegangen, daß man in manchen Fällen geradezu von Wucher sprechen konnte. Deshalb hat ja auch der Bundesrat die Verordnung zum Schutze der Mieter gegen ungerechtfertigte Mietsteigerungen erlassen und hat er dadurch ermöglicht, durch eine unparteiische Instanz die Versuche, die Notlage der Mieter auszubehnten, abzuwehren.

Zu den von der jetzigen Wohnungsnot betroffenen Schichten gehören in erster Linie die minderbemittelten Kreise, namentlich die kinderreichen Familien. Der „Volkswille“ in Hannover veröffentlichte kürzlich den Brief einer Kriegerfrau an das Kriegsministerium, zu dem jede Bemerkung überflüssig ist. Die Frau, wohnhaft in Nieberam bei Dören, ist zwangsweise auf die Straße gesetzt worden, nachdem alle ihre Bemühungen, eine andere Wohnung zu bekommen, vergeblich gewesen sind. Vom Bürgermeister hat sie folgende Antwort erhalten: „Gemeindewohnungen sind keine da und hier ist nichts frei. Ich kann ihnen keine geben.“ Dann heißt es in dem Briefe: „Am 7. Dezember morgens 8 Uhr erliefen der Gerichtsvollzieher mit zwei Mann und letzte alles auf die Straße. Gegen Abend ließ der Herr Bürgermeister die Möbel mit Fuhrwerk aufladen und in einen Schuppen fahren, wo sie kreuz und quer umherliegen und halb kaputt und beschmutzt. Die Kinder sind auf dringendes Bitten vom Herrn Bürgermeister auf acht Tage ins Waisenhaus gebracht. Ich und der älteste Sohn von 15 Jahren sind uns selbst überlassen. — Ich bin alle Tage auf Wohnungssuche und kann mit meinen neun Kindern keine Wohnung bekommen.“

So wird eine Familie ihres Kindereichtums wegen, dem Wohlstand und Sozialpolitik als einen Segen für das ganze Volk preisen, in grauamster Weise bestraft. Und es geht es ähnlich zahlreichen anderen Familien auch.

Die Notwendigkeit einer Wohnungsreform größten Stiles und Umfangs tritt in immer deutlicherer Weise in die Erscheinung. Gemeinden, Staat und Reich haben gemeinsam und einander ergänzend einzugreifen. Alle Mittel müssen zur Anwendung kommen, um rechtzeitig den Bedarf an Wohnungen sicherzustellen. Schlimm würde es sein, hier irgendwelche Rücksichten auf die Hausbesitzer zu nehmen. Boden- und Wohnungswucher, Terrain- und Hypothekenswucher muß entschieden bekämpft, die veralteten Rechtsverhältnisse, die aller modernen Hygiene oft geradezu ins Gesicht schlagenden Bauordnungen beseitigt werden. Für die Aufsucht eines gesunden Volkes kann nicht zuviel geschehen. Reich, Staat und Gemeinden haben Boden, Darlehen und praktische Erfahrung zur Verfügung zu stellen und den gemeinnützigen Wohnungsbau nach allen Kräften zu fördern. Allen von rein finanziellen Beweggründen getragenen Einwänden der Hausbesitzer zum Trotz, im Interesse einer weitblickenden Bevölkerungspolitik.

Und es muß sofort etwas geschehen. Alle Maßnahmen zur Schaffung von Kleinwohnungen müssen sofort vorbereitet und auch möglichst gleich durchgeführt werden.

Die Rheider Burg.

Erzählung von Levin Schüding.

45. Fortsetzung.

Der Postillon trieb seine Klappe zu gewaltiger Eile an. Rechts und links hogen die dunkeln am Nachthimmel sich abzeichnenden Umrisse von Gesträuchen, Wallhecken, Hecken, Bauernhütten wie ein flüchtiges Schattenbild über die Scheiben der Wagenfenster. Ueber die einsamen aufsteigenden Sterne am Himmel zogen lange Wolkengebilde und erhöhten die nächtliche Dunkelheit. Rasch und nach wurde die Straße, welche man fuhr, hügelig. Richard nahm diesen Umstand anfangs nicht wahr; als sich endlich die Straßen, wo der Wagen langsamer hügelan fuhr, vermehrten und verlängerten, bemerkte er es und wollte Ermanns fragen, nach welcher Himmelsgegend hinaus man ihn denn bringe; aber er schloß stolz die Lippen wieder und warf sich in seine Ecke zurück.

„Nur noch eine kleine halbe Stunde,“ sagte Monsieur Ermann, „und wir sind an dem Punkte angelangt, wo ich Auftrag habe, sie abzuliefern.“

Richard fuhr fort zu schweigen. Der Wagen rollte jetzt mit rasender Eile in ein Tal hinab; die Hufe der Pferde klapperten dann über die Bohlen einer Brücke, rechts und links dämmerte der eisengraue Spiegel eines schmalen Flusses auf. Dann hob sich der Weg wieder bergan; die Pferde pulteten und schnaubten, langsam weiter leuchtend. Insekten schrien die Spitze der Höhe erreicht und auf steinigem, hartem Boden ging es rasch weiter. Die gebräunten Postgaulen hielten endlich in einem rasenden Galopp, der den Wagen hin und her schleuderte; blitzschnell flog man durch ein geöffnetes Tor, auf einen Hof und vor ein hell erleuchtetes Gebäude, vor dem eine Reihe Fackeln flammten; der Wagen hielt. „Wo sind wir?“ rief Richard voll Erstaunen aus.

Bevor Monsieur Ermanns antwortete, wurde der Schlag aufgerissen. Richard sprang heraus. Von dem plötzlichen Lichtstimmer geblendet, starrte er auf zwei Reihen rötlicher, unbeweglich dahinstehender Männergestalten, die rechts und links auf den Stufen einer Portaltreppe standen und flammende Fackeln in den Händen, in diesem Augenblick mit Rastimmen, welche die grell leuchteten grauen Mauer hinter ihnen kleinen satten mader zu können, in donnernde „Vivat“ und „Surra“ ausbrachen und ihre Rücken dabei schwingen.

So überrascht, so geblendet Richard von diesem Anblick war, er erkannte dennoch in dem hohen, mit allem roten Lichtschein überdeckenen Gebäude den Geistlich seiner Väter, die Rheider Burg, und in dieser, mit so lautem Jubel ihn bewillkommenden Männern die herber Schärfe des Eisenhammers.

„Was bedeutet das? Hierher sollten Sie mich bringen?“ rief er aus... aber Ermanns nahm einen Arm um, indem er ihn

die Treppe hinaufzog, sagte er lachend: „Noch einige Schritte weiter soll ich Sie bringen, mein verehrter Baron, bis ins Innere Ihres Schlosses, dort werden Sie offizielle Aufklärung erhalten.“

Oben, unter dem Portal, standen Claus, der Hausmeister, in festlicher Anzug und neben ihm der Spielmann, beide lächelnd, sich verbeugend, lachend und dem Anschein nach sehr geneigt, Richard nicht vorüberzulassen ohne Gruß und Gebot; aber Ermanns ließ sie beiseite und führte Richard die Treppe in den obern Stock hinauf. Das ganze Gebäude war reich erleuchtet, mit leuchtenden Eisenstrahlen geschmückt; die Tür des großen Saales stand weit offen; ihre Einfassung war von Blumen umrahmt, und unter diesem Blumenbogen stand Sibille, in hellen Gewändern, in ihrem reichsten Schmuck, sitzend vor Aufregung, gleich von ihrer tiefen Erschütterung. So streckte sie Richard beide Hände entgegen.

„Sibille... du hier!“ rief Richard aus. Ihre Hände festig mit den seinen umschlingend.

Sie war zu bewegt, um reden zu können. Mit Mühe hielt sie sich aufrecht, indem sie ihre Rechte ihm entzog und damit seinen Arm umspannte. So zog sie ihn in den Saal hinein, in welchem der alte Kristalllüster flammte und mit seinem Glanz das eigentümlich schimmernde, von einer Art spöttischer Heiterkeit leuchtende Gesicht Ritterhausens bestrahlte, der unter dem Kronleuchter stand und mit stolzer Selbstbeherrschung sich an der Rückenlehne seines Armstuhls aufrecht erhob.

Er reichte die linke Hand, die ihm freibleib, dem Ankommen den hin und sagte: „Herr von Hudarde, Sie werden uns zugute halten, daß wir uns einige Eigenmächtigkeiten hier in Ihrem Eigentum erlaubt haben.“

„In meinem Eigentum?“ rief Richard mit zitternden Lippen aus. „o mein Gott... Sie werden in diesem Augenblick nicht meiner spotten, Herr Ritterhausen!“

„In Ihrem Eigentum, Herr von Hudarde — und darum sagt ich, Sie sollten uns die kleinen Eigenmächtigkeiten verzeihen, welche wir uns haben zuschulden kommen lassen, in der guten Absicht Ihnen diesen Saal hier und ein paar Zimmer nebeneben gleich ein wenig wohnlich zu machen. Sibille tat es nicht anders, und so hat sie auch zustande gebracht, mich in einer Stünne auf den Säulern meiner häßlichen Hammergeschellen hier herauf zu transportieren. Nun, es ist gottlob gut gegangen und ich bin froh, daß ich Sie hier begrüßen kann, an der Stelle, wo Sie hingehören, Herr von Hudarde, als Herr und Gebieter!“

„Aber erklären Sie mir aus des Himmels willen...“ „Erklärt ist es bald,“ sagte Ritterhausen. „Ich habe Burg und Hammer von der Gräfin von Epaville für 150 000 Kronen gekauft — in Ihrem Namen, Herr von Hudarde, nur für Sie und in Ihrem Namen. Was die Bezahlung angeht, so lassen Sie sich keine grauen Haare darüber wachsen. Sie bieten Ihnen 100 000

Frank an, wenn Sie mir den Hammer überlassen, und 50 000 Frank ist die Aussteuer meiner Tochter, worüber ich ihr die Verfügung immer freigelassen habe; und da Sibille sich in den Kopf gesetzt hat, es könnte diese Summe vorläufig nicht besser und sicherer angelegt werden als in einer Hypothek auf die Rheider Burg, so habe das Geld zu Ihrer Verfügung! Was meinen Sie zu dem Vorhabe!“

Hudarde wußte nicht, was antworten. „Ritterhausen, was tun Sie an mir?“ sagte er mit gepreßter Brust.

„Danken Sie mir nicht, Herr von Hudarde, nur das nicht,“ fiel Ritterhausen ein. „Was ich an Ihnen tue? Nichts, gar nichts — Sie wissen, ich bin ein alter eingesehener Egoist. Ich habe eine Schuld gegen Ihren Vater aus dem Herzen, Richard, eine Schuld der Häre und der Rücksichtslosigkeit... und nun will es das Schicksal, daß ich Gelegenheit finde, etwas davon abzurufen, das heißt, wenn Sie gegen mich alten Mann die Güte haben, es sich so gefallen zu lassen... Glauben Sie mir, Herr von Hudarde, zu danken brauchen Sie mir nicht!“

Ritterhausen sprach dies mit einer ungewöhnlichen Festerlichkeit, so daß man sah, es kam ihm tief aus seinem Herzen. „Nicht mit Worten... wie kann ich danken mit Worten,“ sagte Richard, „aber,“ fuhr er fort, Sibillens Hand ergreifend, „durch die Tat, durch ein Leben, das ich Ihrem Kinde weihen.“

„Den Dank nehme ich an,“ fiel Ritterhausen ein. „Und wahrhaftig, Sibille hat es ein wenig um Sie verdient. Sie hat gepart und geliebt und ihr Auge hat diese Burg umkreist wie ein Falke seine Beute, bis der Augenblick gekommen, diese Beute zu ergreifen.“

Und damit legte Ritterhausen seine Tochter in Richards Arme, der sie mit feuchtschimmernden Wimpern an sein Herz preßte.

Sibille lächelte nach einer stummen Pause sanft von Richard los; sie sagte in jeder ihrer Hände eine der keinen und indem sie ihm tief und klar in die Augen schaute, sagte sie mit vor Rührung bebender Lippe: „Und nun, Richard, wer von uns zweien hat nun recht gehabt: wer ist an das Ziel gekommen, nach dem wir beide strebten? Du mit deiner klügelichen und verwegenen, sich selbst allein vertrauenden Kraft — oder ich mit meiner stillen Geduld, mit meinem vertrauenden Fleiß? Du hast das Gemüt von dir gestoßen und ich habe es in mir gehegt. Ist es nun nicht gut, daß ich es gehegt habe, und daß du in dieser Stunde es wiederfindest, ganz und unversehrt?“

„Bruch ich dir zu antworten, Sibille... in diesem Augenblick, wo ich fühle, wie wunderbar die Hand des Schicksals über mir gewirkt,“ „Kinder,“ fiel hier Ritterhausen ein, der dieser Rührung ein Ende zu machen wünschte und auch das Ausdrückliche nicht mehr

Die Friedenswünsche der englischen Arbeiterschaft.

Ergänzend zu den Berichten der deutschen Zeitungen über die Tagung der englischen Arbeiterpartei in Westminster sei aus der „Times“ vom 21. Dezember noch nachgetragen: Nach Henderson sprach Hill, der stellvertretende Vorsitzende des Parlamentarischen Ausschusses des Gewerkschaftskongresses. Er lenkte besondere Aufmerksamkeit auf den Vorschlag einer internationalen Lebensmittelpartei nach dem Kriege. Ohne eine solche Maßnahme würde eine Hungersnot unter der ärmeren Bevölkerung bestimmter Länder eintreten. Diesem Vorschlag stellte Hill den Plan der Pariser Wirtschafts-Konferenz gegenüber, gewisse Nationen mit Strafen zu belegen. Der Unterschied zwischen beiden Vorschlägen entspreche dem Unterschied zwischen den Geschehnissen, die sich im Krieg und im Frieden gut nähren, und der Klasse, von der ein Drittel zu allen Zeiten an der Grenze des Verhungerns steht. „Wir haben jetzt über drei Jahre Krieg. Das Hungergeheimnis ist immer schrecklicher geworden. Und doch wissen wir immer noch nicht, wofür wir kämpfen. Die Ursache des Krieges und die geheimen Ziele, für die er fortgesetzt wird, werden wir nie kennen lernen, ehe nicht die Millionen unserer Klasse sich ebenso erheben, wie Russland es getan hat, und unseren imperialistischen und kapitalistischen Geschehnissen die Verfügung über unser Geschick aus der Hand nehmen.“ Hill trat dann für Annahme des Kriegzielprogramms der Arbeiterpartei ein. Das Programm sei der erste Schritt zu einer vernünftigen Lösung der Welttragödie.

Handel Billon (der jamaikische deutschstämmige Vertreter des Seemannsbundes, Red.) beantragte darauf Ablehnung des Programms. Billons Antrag wurde aber mit 345 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Danach schlug Hill vor, die Beratung um einen Monat zu verschieben, weil die einzelnen Gewerkschaften das Kriegzielprogramm noch nicht genügend studiert hätten. Aber dieser Vorschlag wurde von mehreren anderen Rednern als eine unbillige Verzögerung der Friedensarbeit befürwortet. Unter anderem protestierte Giffin gegen eine Verzögerung von einem Monat, die den Kämpfern und Ausbeutern Gelegenheit geben würde, noch weitere Wählergewinne einzulisten. Die Arbeiter hätten viel zu lange auf die Stimme von Lord George gehört. Es wäre höchste Zeit, daß sie auch an sich selbst dächten. Bei einer Abstimmung nach der Mitgliederliste der einzelnen vertretenen Verbände wurde dann der Antrag Billons mit 2137 000 gegen 1 164 000 Stimmen abgelehnt, und darauf wurde das Kriegzielprogramm der Parteiführung angenommen.

Über den Verlauf der Debatte heißt es in der „Daily News“ vom 20. Dezember: Henderson sprach kritisch, vernünftig und überzeugend. Die Versammlung zeigte sich nicht so leicht demonstrierend aufgestellt, aber es war lehrreich, zu beobachten, bei welchen Gelegenheiten der Sozialist eintrat. Zunächst sprach dies bei der Beurteilung des Wirtschaftszustandes von Deutschland, und über die zweite Hälfte darauf, wie die englische Antwort hervor. Henderson sprach von der Gefahr, die Deutschland laufe, die Arbeiterklasse würde die Abhängigkeit des Militarismus, aber nicht nur in Deutschland, sondern auch in England. Die Nennung von Namen Edward Carson wurde mit allgemeinem Mißfallen bestritten, während die Bemerkung, daß die russische Truppe hätte vernichtet werden können, wenn die Regierung den Rat der Arbeiterschaft eingeholt hätte, einen Beifallssturm entlockte.

Es ist nicht anzunehmen, daß die neuerlichen Reden Lord Georges und Hendersons die Stimmung in den englischen Arbeitermassen wesentlich verändert haben.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Gegen verschleierte Amerikaner.

Für einen Frieden ohne Amerikaner und Entschuldigungen sprach sich in Vielden eine von mehr als 2000 Personen besuchte Versammlung aus. Der Redner, George Severing, fand an jenen Stellen keine Rede den Deutschen Beifall, in denen er sich gegen die Verurteilung der Regierung und anderer einflussreicher Stellen wandte, die in der Antwortnote an den Rat der Arbeiterschaft zu verweisen und verschleierte Anregungen zu treiben.

Armee und Politik.

Mit den Erlässen des Kriegsministers, nach denen die Armee der Politik fern gehalten werden soll, dürfte wohl

geschickt, bedenklich, daß die eine lange Ehe vor sich hat, am diese Streiffrage gründlich zu erörtern. Nur jetzt, denke ich, begeben wir uns ins Nebensächliche, denn ich habe mich auch dem kleinen Bartheil, welches Götterbesuch den bereit hält, und namentlich nach dem Tode, den unter herrlicher Form, Herr Ermanns, dabei auf mich ausstrahlen wird. Aber was ist er denn? Er hat sich beiseite geschoben, zurückgezogen — hat ihn herbei, Schelle, er darf nicht fehlen, er hat viel zu ertragen seine Aufgabe ausgeübt, als daß wir nicht ihn herbeiziehen zu weiterer Beschäftigungswahl zwischen Kraft und Gemüt, zwischen uns und seinem Gewissen und der großherzoglich bescheidenen Politik!

„Mein Vorschlag“ rief hier Herr Ermann aus, der die letzten Worte Ritterhausens vernommen hatte und eben eintrat — und Ritterhausens unter dem Arm fassend, um ihn in das angedeutete Stadium zu führen, während er die ihm im Ohr nach einem Besinnungsmaß zwischen mir und meinem Gewissen habe ich mich nicht, mein verehrter Herr Ritterhausens.“

„Und weshalb liegen Sie mit Ihrem Gewissen im Streit, Herr Herr?“ fragte der Hammerbesitzer.

„Deshalb, weil ich der Götter genötigt habe, Ihnen den Handel zu leicht zu machen. Sie hätten 100 000 Pfund mehr zahlen sollen.“

„Glauben Sie?“ verlegte Ritterhausens hastig. „Sollte die Forderung nicht ein wenig geringer sein? Hätte ich mir gewünscht, sie hätte Sie danach verlangt?“

„Ja, aber Sie wollten es nicht!“

„Freilich! Was soll man da machen?“ sagte Herr Ermann.

„Ich“ rief der Hammerbesitzer fort, „ich werde ein seltsames Gefühl. Ich die Forderung für mich vielleicht etwas weniger gering oder mehr, als ich dafür zahlte, so ich damit nicht gelogen, daß sie so für die Götter ebenmäßig ist.“

„Freilich, damit wird ich mich freuen“, erwiderte Ritterhausens, indem er den Ring einnahm, welchen Götter ihm anbot — denn er war jetzt in dem herrschaftlichen Hammer geschommen, worin das junge Mädchen zu seinem Gemahl mit dem kleinen alten Bartheil, den prächtigen alten geschätzten Mann und den herrschaftlichen Gedanken angeordnet hatte, das aber überkam von dem Ringe der Ketten auf den geschwunden über dem Reiter, die ein weiser Mensch von tiefem Verstande war. — „Dann will ich mich freuen“, erwiderte Ermann, „denn ich würde wirklich nicht, was die gute kleine Götter mit Ihnen gemacht haben, Schöpfung gemacht hätte — es wäre denn, er hätte die Welt geliebt, es aus reinem Egoismus herzu- führen.“

„Freilich?“ fragte Ritterhausens, „denn ich bin nicht gerade in der Lage,“

im Widerspruch stehen folgender Regimentsbefehl, der bei einem im Osten stehenden Feldartillerie-Regiment den Mannschaften zum Appell verlesen wurde:

Die Offiziere und Mannschaften sind einig in dem Wunsche nach Frieden mit Russland, aber die Bedingungen, unter welchen jetzt Frieden geschlossen werden soll, bezeichnen sie als unmachbar für Deutschland, sie entsprechen nicht unseren Leistungen und Opfern. Lieber wollen Offiziere und Mannschaften weiter kämpfen gegen England.

Dieser Befehl wurde den Mannschaften als ihre angebliche Meinung verlesen, ob es auch ihre Meinung sei, hat man sie nicht gefragt.

Verbandsstag des Bauarbeiter-Verbandes.

Verbandsvorstand und Beirat des Bauarbeiter-Verbandes berufen einen Verbandstag zum 11. März 1918 nach Nürnberg ein. Die völlig veränderten Verhältnisse liegen es dem Verbandsvorstand und Beirat nicht raum erscheinen, dem im Jahre 1915 fällig gewordenen Verbandstag einzuberufen. Auch im Jahre 1916 behalt man sich noch mit einer Reichskonferenz, die die Lohnbewegung 1916 zu verabschieden hatte. Seit dem letzten Verbandstag sind mancherlei Wandlungen und Erscheinungen zu verzeichnen gewesen, die eine gründliche Überarbeitung der Verbands-Satzungen und -Einrichtungen nötig machen. Hierzu kommt noch, daß bei den Verhandlungen über eine weitere Feuerungszulane im November vorigen Jahres vor dem Reichswirtschaftsamt in Berlin der Unternehmervorstand die Verlängerung des Tarifvertrages um ein weiteres Jahr (bis 31. März 1919) als Gegenleistung verlangte, für die die Verhandlungsführer des Verbandes die Verantwortung allein nicht tragen wollten, sondern die Entscheidung darüber mochten sie der höchsten Körperschaft des Verbandes, dem Verbandstag, überlassen. Dem hat sich auch der Verbandsbeirat angeschlossen. Mit der Bekanntmachung über die Einberufung des Verbandstages unterbreiten beide Körperschaften den Mitgliedern ein vollständig überarbeitetes Statut, Verwaltungsverfassung, wie im Beirat und Unternehmervorstand, wird eine Reform an Haus und Gliedern in Vorschlag gebracht. Die Gliederung des Verbandes zu großen Bezirksvereinen, die schon aus tariflichen, wie aus wirtschaftlichen Umständen nötig erscheint, soll nach der Vorlage die Regel bilden, und nur ausnahmsweise sollen Ortsvereine dort bestehen, wo sie isoliert und mit anderen Orten keine wirtschaftliche Einheit bilden. Das Eintrittsgeld soll nach dem Lebensalter der Eintretenden abgemindert werden und von 1 Mk. bis auf 5 Pf. reichen. Ganz besonders wichtig erscheint die Vorlage des Verbandes in Bezug auf das Unternehmervorstand. Die Kranten- und Arbeitslosenunterstützungen sollen auf die Dauer von 72 Tagen in jedem einzelnen Fall und für das ganze Jahr hindurch gezahlt werden. Bisher waren die Unterstützungen von der Zahl der Unternehmungen ausgeschlossen. Dann sollen die Mitglieder während einer Unternehmungsperiode vom Beirat befreit sein. Die Unternehmungsunterstützung soll von 50 Pf. bis zu 2,50 Mk. täglich, wofür ist noch, daß diese höchsten Unternehmungsunterstützungen ohne weitere Karenzzeit zur Auszahlung gelangen sollen und die in den früheren Verbänden zurückerhaltene Mitgliedschaft bis zum Jahre 1917 anzurechnen werden soll. Jeder ein Jahr erkrankter Teil der Mitglieder soll in die Höhe der Unternehmungsunterstützung für ein Unternehmungsmitglied im Beirat sein. Die Höhe von 2 Pf. bis zu 1,50 Pf. soll die Unterstützung des Beirats bei der Erkrankung dieser Höhe in Betracht kommen. Die Höhe von 1 Pf. bis zu 1 Pf. soll bei der Streikunterstützung bestehen. Die höchsten Höhe, die im ersten Jahre der Mitgliedschaft in der untersten Beitragsklasse mit 1,70 Mk. beginnen, und in der höchsten Beitragsklasse mit 2,50 Mk. enden sollen in Abständen von 3 zu 3 Jahren nach mehr als 10-jähriger Mitgliedschaft auf 3 Mk. in der untersten Beitragsklasse und auf 5 Mk. in der obersten. Die jüngeren und älteren, noch nicht erkrankten Mitglieder, sind in allen Klassen gleichberechtigt einzuzeichnen. Diese erhebliche Verbesserung muß der Verband durchsetzen bei einem Beitritt, der nach 6 Wochen fällig und auf 32 Wochen im Jahre verteilt, wie folgt bemessen wird:

Bis zu 50 Pf. Stundenlohn: 50 Pf. Gewerkschaftsbeitrag, von 51—60 Pf. 60 Pf., von 61—70 Pf. 70 Pf., von 71—80 Pf. 80 Pf., von 81—90 Pf. 90 Pf., von 91—100 Pf. 100 Pf., über 100 Pf. 110 Pf.

Dabei sind zur Ermittlung des Gewerkschaftsbeitrags jedes eine Gehaltensart mit 50 Pf. in Betracht zu ziehen, die in den letzten Jahren des Jahres 1913 geltenden Tariflohn vorzuziehen sind.

„In dem „Gottschalk“ hat bereits eine letzte Diskussion im Reichstag über die Arbeiter in großer Mehrheit den Ausschluß der Arbeiter aus dem Reichstag beschlossen. Hoffentlich finden die Arbeiter ein besseres Schicksal und Gewerkschaften den Beifall der Mitglieder und die Fortsetzung des Verbandstages.“

Ernährungsfragen.

Wohntun mit dem Eisenwerk.

Wie der „Kommunist“ hört, hat der Eisenwerk gegen Oberbürgermeister Kailer und Stadtrat Rier in Krefeld ein Ernährungsamt wegen Hochpreisüberhöhung, gegen Stadt- und Landrat wegen Gattungserhöhung eingeleitet. Nach Meinung der Arbeiter zu bestehen, der Magistrat für Überhöhrungsfragen verantwortlich zu werden, die gar nicht zur Tat wurden. So hätte endlich die Stadt eine politische Rinde von Weizen mit Weizen unter Überhöhrung des Hochpreises für 11 Mk. per Zentner gekauft. Die Krefelder sind aber nie in den Besitz dieses Weizens gelangt, da die Firma Krupp 17 Mk. per Zentner zahlte und damit die Krefelder an sich zog. Bei einem Zentner ersten Grades deshalb ist noch nichts bekannt geworden. Weizen ist es die Ursache der Weizenfrage, daß der Magistrat Magistrat deshalb Straftat nach Krupp zu zahlen hat die Arbeiter die er keinen Arbeitern angebeihen ließ, eine Inspektoren erhielt.

„Was das Ernährungsamt hat sich an dieser allweinen Überhöhrung der Hochpreise beteiligt. Aus einer Inspektoren erfragen wir, daß in Kriegsamt Wanka noch in diesen Tagen Schinken aus russische Jerselatsch für 14 Mk. pro Pfund anbot und auch reichlich Brot gab. Was die Eisenwerkfrage gegen alle die Arbeiter und Gewerkschaften, die sich der Überhöhrung der Hochpreise Klage gemacht haben, des Strafbereichs einleiten will, so wird unbedingt ein großer Teil der Arbeiter vom Hochpreis befreit werden müssen, um die Höhe von Arbeit verdienen zu können. Oder sollen diese nur die Krefelder für ihr unglückes Aufkommen als Schuld in die Höhe gebracht werden?“

„Was soll die Bewegungskraft werden? Was geschieht bei Sachverhalt?“

Eine Rundgebung des Verbandes für Theaterkultur.

Der Verband der Theaterkultur hielt am Sonntag in Berlin seine erste große öffentliche Rundgebung am Sonntag-Theater ab. Reichstagsabgeordneter Heinrich Schulz, der Leiter der landesweiten Theaterkultur, legte die Ziele des Verbandes für Theaterkultur dar. Der Verband solle nicht eine

neue literarische Vereinigung sein, sondern eine große Organisation der freien Liebe zum Theater. Heute seien die Theaterbesucher ohne Stolz und Mühsal dem Theaterunternehmen und seiner Willkür ausgeliefert. Der Kassentypus sei die höchste Sozialplanmangel. Durch Organisation werden die Theaterbesucher vor Macht, welche der Förderung echter Theaterkultur dienen kann. Nur so wird die Bühne ein Organ der wirklichen Volkskultur werden.

Schriftsteller Stephan Großmann sprach über Dichter und Publikum. Beide mühten sich für einander zu erregen. Der Verband für Theaterkultur wolle den Teil des Publikums zusammenfassen, der den Willen zur Ehrlichkeit gegenüber wahrer Theaterkultur habe. Großmann wies warnend auf die Gefahr hin, daß die Theaterkultur durch die Förderung echter Theaterkultur dienen kann. Nur so wird die Bühne ein Organ der wirklichen Volkskultur werden.

Über Theater und Volksbildung sprach Dr. von Erdberg. Das Theater solle nicht den Zweck der Volksbildung dienstbar gemacht werden, wohl aber die Volksbildung bereichern. Das Theater könne durch Berührung mit dem Volke nur gewinnen. Am Volke seien Kulturkräfte lebendig, wie man sie vielfach leider in den Kreisen vermisst, die sich dem Volk fern halten.

Zum Schluß legte der Vorsitzende der Bühnenvereinsvereine deutscher Schauspielere Riedel dar, daß das Theater seinen kulturellen Zweck nicht erfüllen könne, solange es ganz vom Geschäft abhängig sei. Staat, Gemeinde und reiche Privatleute mühten das Theater für das bloße Geschäftszweck hinanzusehen. Auch die Ausbildung der Schauspieler dürfe nicht länger vollständig der privaten Initiative überlassen bleiben. Wenn der Staat Hochschulen für Musik, bildende Kunst usw. errichte, müßte er auch Mittel zur Schöpfung der Theaterkultur bereitstellen. In diesem Punkte fanden die Ausführungen des Redners mehrfach Widerspruch, der in Rufen wie „Uniformierung“ und „Hochkultur“ zum Ausdruck kam. Für eine Versammlung war die Zeit indessen schon zu weit vorgeschritten, so daß sie auf eine spätere Versammlung vertagt werden mußte.

Aus dem Gerichtssaal.

Wiederaufnahmeverfahren in einem Gattenmordprozeß. Durch Beschluß des Landgerichts in Graubenz ist in einem Gattenmordprozeß das Wiederaufnahmeverfahren angeordnet worden. Frau Karoline Kieper, eine Gutsbesitzerin aus dem Kreise Schwyz sollte 1911 ihre Mutter und ihren Stiefvater und 1911 ihren dritten Ehemann vergiftet haben. Die Leichen wurden ausgegraben, und in allen wurden große Mengen von Arsen gefunden. Für die am deutlichsten zu ihren Ungunsten sprechenden großen Giftmengen in den Leichen mußte sie keine glaubhafte Erklärung zu geben. Da viele Zeugen den schlechten Leumund der Frau Kieper bestätigten, beurteilten die Geschworenen Frau Kieper wegen Ermordung ihres Mannes zum Tode, und sie wäre, wenn der König nicht von ihrem Gnadenrechte Gebrauch gemacht hätte, hingerichtet worden. Dem Verteidiger gelang es, das Oberlandesgericht Marienwerder zu bewegen, durch Vernehmung von Kaufmännern Ermüdungen darüber anzustellen, ob der verurteilte Mann der Frau Kieper ein Vrienerler gewesen ist. Die Schwereklagen erklärten, daß die Möglichkeit gegeben sei. Außerdem behaupteten nachträglich von der Verteidigung gestellte Zeugen, daß Kieper sich häufig aus der Apotheke Arsen habe holen lassen. Der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens wurde nicht nur von den Geschworenen, Geschäftsgenossen, sondern auch den Geh. Medizinalräten Dr. Karnad-Halle, Dr. Pahl-Preßlau und von Universitätsprofessoren Dr. Paris Levin-Parkin, Dr. Sommer-Gittinaen, Dr. Rudolf Cohn-Königsberg und Dr. Straub-Zelburg unterstützt.

Aus Nah und Fern.

Hamstern Engros. In Kinteln (Hessen-Nassau) wurde eine schon seit längerer Zeit von der Polizei in dem Verdacht des Hamsterns stehende ältere Frau angehalten. Die Frau kammt aus Dortmund und hatte große Körbe voll der schönsten Schwarten anfangen gekauft, sodas ein ganzes Pferdegeschirr nötig war, um diese fortzuführen; auch mehrere Fenster Mehl, Zwiebeln, Bohnen usw. befanden sich unter den Sachen, die natürlich sämtlich beschlagnahmt und der Polizei übergeben wurden.

Dresden unter der Gasnot. Aus Dresden wird gemeldet: Hier ist eine Gasnot dadurch entstanden, daß sich die Behörde infolge des andauernden Kohlenmanas genötigt gesehen hat, den Gasdruck zu vermindern. Dadurch ist das Kochen mit Gas so gut wie ausgeschlossen, und auch die Gasbeleuchtung hat sich auf ein Maß verschlechtert, das nicht mehr zu über treffen ist.

Das „Durabekken“ ohne Kerzen. Das Sinfoniker-Orchester eines Hotels in München i. E. wies folgende Lederhosen auf: Kullern, Bratfartoffeln mit orlinen Bohnen, Markunne, Gärseleber, Omlett, gefüllt mit Gockelgelleber, Gebakenes Brot mit Butter, Rehrbraten, Rehrbraten nach Weisobem. Der Preis dieses „einfachen“ Abendessens in „großer Zeit“ betrug 12 Mark.

Forschungsinstitut für die Textilindustrie. Wie der Reichstagsabgeordnete Hermann Kadel im „Textilarbeiter“ mitteilt, ist die Errichtung eines Forschungsinstituts für die Textilindustrie in Dresden gesichert. Es verbanke seine Entstehung dem ehemaligen Leiter der Krefelder-Abteilung des Preussischen Kriegsministeriums Oberstleutnant Kitz. Aufgabe des Instituts sei die Unternehmung der gesamten Textilfabrikation vom Wollstoff der tierischen oder pflanzlichen Faser bis zum veredelten fertigen Gewebe. Kadel verlangt, daß dieses Institut im weitesten Umfange auch der wissenschaftlichen Fortbildung der Textilarbeiter nutzbar gemacht werde.

Eine Mordtat in Rußland-Polen. Der Wirt Pomileffs in Korbakoff, Bezirk Sumalki, hatte mehrere Personen wegen Herbeibringens angeeignet. Aus Korbakoff überfielen ihn einige Freunde der Angeeigneten und ermordeten ihn und den ihm zu Hilfe eilenden Kaufmann Katakum. Ein Anwalt wurde tödlich verwundet. Darauf kündeten die „Frier das Wohnhaus Pomileffs an, wobei eine Frau und ein Viehhirt verbrannten.

Entlassene!! Reklamierete!! Zur Arbeit Beurlaubte!!

Verzichte nicht eure Mitgliedschaft bei der Partei wieder anzumelden und zu erneuern!!

Die schweren politischen Kämpfe um die freichheitliche Umgestaltung von Reich und Staat, sowie um eine bessere Zukunft der deutschen Arbeiterschaft und für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftens erfordert die Mitarbeit und Beitragsleistung aller Parteigenossen.

Nur partei- und leistungsfähige Organisationen sind zur Vorbereitung und wirksamen Führung unserer Kämpfe in Gegenwart und Zukunft in der Lage.

Darum seid auch des Erstes unserer Zeit bemüht!!
Wendet Euch bei den Vertrauensleuten der Partei oder direkt auf dem Parteibureau, Johanniststraße 50, zur Beitragsleistung und Mitarbeit wieder an.

Verantwortlicher Redakteur, Johannes Stellung
Verleger: H. G. Schatz, Druck: Friedr. Meyer & Co.,
Sämtlich in Krefeld.